

PROTOKOLL

*über die 19. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
den 17. Dezember 1964, im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatsitzungsaal.*

Beginn der Sitzung: 16,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Direktor Hans Schanovsky

Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Franz Enge

Karl Gherbetz

Alois Huemer

Ludwig Kubanek

Leopold Petermair

Prof. Stefan Radinger

Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer

Karl Feuerhuber

Franz Frühauf

Rudolf Fürst

Johann Heigl

Anton Hochgatterer

Franz Hofer

Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Konrad Kinzelhofer

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Ottilie Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Rudolf Wagner

Alfred Watzenböck

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller

Amtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Alfred Eckl

VB. Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR
HANS SCHANOVSKY:

- 1) Ha-4411/1963 Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1964
- 2) Ha-4100/1964 Genehmigung des Voranschlages 1965

Vertrauliche Sitzung:

Präs-536/1964

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Meine Damen und Herren!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen und die Beschlußfähigkeit feststellen.

Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen, Herr Gemeinderat Radmoser und Herr Gemeinderat Holzinger. Ich bitte die beiden Herren, diese Funktion zu übernehmen.

Entschuldigt ist Herr Gemeinderat Kölbl.

Durch den Umstand, daß wir schon in der Sitzung vom vergangenen Donnerstag den Großteil der Beschlüsse gefaßt haben, haben wir heute Gelegenheit, uns mehr als bisher dem Haushaltsvoranschlag und der Genehmigung des Nachtragsvoranschlages zu widmen.

Ich darf in die Tagesordnung eingehen und Herrn Vizebürgermeister Schanovsky das Wort erteilen!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:
Sehr geschätzter Gemeinderat!

Das Jahr 1964 hat einen günstigen Verlauf genommen. In diesem Jahr ist durch nicht vorhergesehene

Einnahmen, erhöhte Steuereingänge einerseits und Erhöhung von Ersätzen andererseits, sowie durch Änderungen der Pflichtausgaben durch über- oder außerplanmäßige Ausgaben auf Grund bereits gefaßter Beschlüsse durch den Gemeinderat, die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden.

Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt erfahren gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag eine Erhöhung um rund 10 Millionen. Diese Erhöhung ist im einzelnen im vorliegenden Nachtragsvoranschlag ausgewiesen. Sie beruht im wesentlichen auf einer Erhöhung des Gewerbesteueraufkommens um rund Schilling 3 Millionen und einer Erhöhung der Abgabenertragsanteile vom Bund um ebenfalls Schilling 3 Millionen sowie einer Erhöhung der Zinsen für Sparkassen- und Bankguthaben um Schilling 1,5 Millionen. Die Ausgaben, im Nachtragsvoranschlag aufgegliedert, erfahren eine Erhöhung in der gleichen Höhe wie die Einnahmen und zwar abgesehen von den einzelnen Posten, durch eine verstärkte Zuführung an den außerordentlichen Haushalt in der Höhe von rund S 6,5 Millionen. Der ordentliche Haushalt ist daher ausgeglichen. Die Ausweitung beträgt 11 %. Im außerordentlichen Haushalt

bringt der Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung der Ausgaben um S 10,7 Millionen, wobei Schilling 5,6 Millionen für den Ankauf von Liegenschaften mehr ausgegeben wurden als im Voranschlag vorgesehen und Schilling 8 Millionen als Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen der Rücklage zuzuführen waren. Andererseits wurden verschiedene Ausgaben infolge von Verzögerungen nicht im vollen Ausmaße in Anspruch genommen.

Die Einnahmenseite bzw. die Bedeckung der Aufwände im außerordentlichen Haushalt wurde um Schilling 17,9 Millionen erhöht, sodaß auch der außerordentliche Haushalt ausgeglichen werden konnte. Die Einnahmenerhöhung wurde möglich durch eine verstärkte Beanspruchung der Rücklagen um Schilling 8 Millionen und eine erhöhte Zuführung von Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt um Schilling 6,5 Millionen.

Der ordentliche Haushalt und der außerordentliche Haushalt erfährt daher einen Endstand von 146 377 500 Schilling. Abzüglich der Vergütungen durch Erstattungen zwischen den Dienstzweigen ergibt das ein Volumen von Reineinnahmen bzw. -ausgaben im ordentlichen Haushalt von Schilling 92 934 000 und im außerordentlichen Haushalt von Schilling 46 909 600, zusammen 139 843 600 Schilling. Es ist das ein Volumen, das die Stadt Steyr bisher noch nie zu verzeichnen hatte. Sie finden in dem Nachtragsvoranschlag der vor Ihnen liegt, eine Gesamtübersicht nach den einzelnen Voranschlagsposten.

Ich darf Ihnen daher zusammenfassend den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vortragen:

1) Ha-4411/1963

Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1964.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr, Zl. 4411/63, vom

17. 12. 1963, womit der Voranschlag 1964 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1964 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von
S 89 547 100 auf S 99 467 900
die Gesamtausgaben von
S 89 547 100 auf S 99 467 900
daher ausgeglichen. S ---

b) die Reineinnahmen von
S 83 219 200 auf S 92 934 000
die Reinausgaben von
S 83 219 200 auf S 92 934 000
daher ausgeglichen. S ---

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
S 28 983 300 auf S 46 909 600
und die Gesamtausgaben von
S 36 200 000 auf S 46 909 600
daher ausgeglichen S ---

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. 12. 1963 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1964 bleiben unverändert.

(Nachtragsvoranschlag siehe Beilage A!)

Ich bitte den verehrten Gemeinderat um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

Herr Gemeinderat Watzenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Mehrmals in den Budgetdebat-

ten wurde erwähnt, daß das Budget bzw. der Voranschlag der Stadt Steyr sehr vorsichtig erstellt wird, daß unser Finanzreferent ein sehr vorsichtiger Mann auf diesem Gebiet ist. Nun wir haben anlässlich der Vorlage dieses Nachtragsvoranschlags die Möglichkeit, dies zu bestätigen. Wenn Posten wie Allgemeine Verwaltung mit 100 % Mehreinnahmen aufscheinen als vorveranschlagt, Öffentliche Ordnung und Sicherheit oder nehmen wir das Schulwesen mit 50% usw., so sind das Beträge wo man sich sagen kann, das ist sehr vorsichtig oder vielleicht schon zu vorsichtig geschätzt oder man hat eben doch nicht richtig geschätzt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang folgendes sagen: Wenn man sich den Nachtragsvoranschlag ansieht, so kommen die Einnahmen hauptsächlich aus Zinsen für Bankguthaben, aus Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, Mehreinnahmen an Getränkesteuer und Abgabenertragsanteilen. Zusammen sind das ca. 9 Millionen Schilling wie bereits ausgeführt. Andererseits wurde dieses günstige Ergebnis, das uns vorliegt, noch erzielt durch Einsparungen in der Gruppe 5 bei Voranschlagspost 51-76, Gruppe 6, Voranschlagspost 664-92. Dadurch wurden sowohl im ordentlichen Haushalt als auch im außerordentlichen Haushalt je rund 10 Millionen Schilling mehr zum Tragen gebracht, zusammen also 20 Millionen Schilling.

Das Gesamtvolumen des Voranschlags wurde von 118,5 Millionen Schilling auf der Einnahmenseite bzw. 125,7 Millionen auf der Ausgabenseite, auf 147 Millionen Schilling erhöht und ist ausgeglichen, zusammen 20 Millionen Schilling mehr als vorveranschlagt.

Man sollte nun meinen, daß bei einer solchen Entwicklung während des Jahres die Möglichkeit bestanden hätte, gewisse kleinere Wünsche der Bevölkerung, die bei der Erstellung des

Budgets vorgebracht wurden, aber nicht berücksichtigt werden konnten, weder im ordentlichen noch im außerordentlichen Haushalt, doch zu erfüllen. Es sind dies Wünsche die beispielsweise meine Fraktion seit Jahren vorbringt wie Brucknerplatzgestaltung, Kriegergedenkstätten-Erichtung usw. Die Brucknerplatzan gelegenheit beispielsweise behandeln wir seit Jahren, ich selbst seit 1961. Im Vorjahr war ein Kollege, der Sprecher der ÖVP-Fraktion, so freundlich, diese Wünsche besonders zu unterstützen, was uns an sich gar nichts ausmacht. Das wären zum Beispiel zwei Anliegen, die bei einem solchen Umfang, bei 20 Millionen mehr, sicherlich unterzubringen gewesen wären.

Über andere Punkte möchte ich jetzt nicht sprechen. Darauf komme ich später noch zurück.

Weiters wäre ohneweiters die Durchführung unseres Antrages auf Fortführung der Sanierung der Dukartstraße - Färbergasse - Pachergasse möglich gewesen. Die Straße ist nun so ausgebaut, daß man fast von einer Schnellstraße sprechen kann und bei der Kreuzung Johannesgasse - Pachergasse ist noch immer die Engstelle, die sehr gefährlich ist. Jeder der von der Johannesgasse herunter kommt wird das immer wieder feststellen, besonders wenn der Verkehrsspiegel beschlagen ist, wie dies im Herbst, Frühjahr und Winter fast immer der Fall ist, besonders in den Morgen- und Abendstunden. Weiters ist ja dieses Gebäude, das dort im Weg steht, in dem zur Zeit das Kino untergebracht ist, auch städtebaulich reif zu verschwinden. Man würde also zwei Fliegen auf einen Schlag treffen; die Straße würde weiter geradlinig durchgeführt werden und die Fahrer, die sich darauf verlassen, daß dies eben eine schnelle Straße ist, sowohl von der Münichholzseite als auch von der Dukartstraße aus, würden dort nicht mehr in verzwickte Si-

tuationen kommen, wenn da einer von der unteren Johannesgasse herauskommt und man muß dann herumschieben links und rechts und ist schon halb auf der Straße. Sie kennen ja diese verschiedenen Schwierigkeiten.

ZWISCHENRUF STADTRAT FRANZ ENGE:

Wenn Sie diese Straße als Schnellstraße benützen, werden Sie bestraft!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich sage ja fast eine Schnellstraße, ich fahre sie ja nie so schnell; das wäre zu schnell für den Stadtverkehr. Aber auch wenn Sie normal fahren mit 50 Stundenkilometer, so stört die Engstelle auf jeden Fall. Das glaube ich jedenfalls als Autofahrer. Ich fahre durch diese Gegend tagtäglich in die Stadt.

Diese Wünsche wurden nicht nur nicht berücksichtigt und in das Nachtragsverfahren einbezogen, sondern es wurden sogar Anliegen der Bevölkerung gestrichen, von denen man auch schon jahrelang spricht, zum Beispiel der Taboraufzug. Eine Angelegenheit, die Jahr für Jahr vorgebracht wird. Endlich werden dann für die Planung doch 100 000 Schilling bereitgestellt und siehe da, man nützt sie nicht aus. Die Erwähnung, die im Vorjahr gemacht wurde, daß hier die Taborianer und Ennsleitenaner oder wie man sie nennt, verschiedenartiger Auffassung sind, kann ich mir nicht vorstellen. Ich halte das für blöd und kindisch. Ich wohne selbst auf der Ennsleite und kann mir nicht vorstellen, wieso, wenn der Tabor einen Aufzug bekommt, ich auch einen haben möchte. Das ist doch eine ganz andere Situation; das Altersheim ist oben und die Stiege ist bestimmt beschwerlicher als die Nordstiege auf die Ennsleite. Ich halte es überhaupt für kindisch, so ein Argu-

ment zu bringen. Daran soll es jedenfalls nicht scheitern.

Weiters war eine Voranschlagspost von 120 000 Schilling für die Sanierung des Schloßparkpavillons vorgesehen. Das ist auch eine Angelegenheit, die bestimmt reif wäre, denn der ganze Park ist ja verschandelt durch diese auffällige Hütte, wie man jetzt schon dazu sagen kann. Das wurde auch nicht ausgenützt. Warum?

Auf die anderen Sachen möchte ich jetzt nicht eingehen, sondern im übrigen nur erwähnen, daß es erfreulich ist, daß das Budgetvolumen ausgedehnt werden konnte und ausgeglichen erscheint.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wer wünscht weiterhin das Wort?

Bitte Herr Vizebürgermeister Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Nachtragsvoranschlag ist ja nur eine Formalität, da Sie im Laufe des Jahres alle Beschlüsse, die hier nur statistisch zusammengefaßt sind, selbst gefaßt haben. Sie hätten ja einmal Einspruch erheben können.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Haben wir!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

.....denn jeder Beschluß weist am Ende den Satz auf, ob er überplanmäßig oder außerplanmäßig gedeckt werden muß und da steht es jedem Gemeinderat frei zu klären, warum gerade das überplanmäßig und außer-

planmäßig und nicht etwas anderes. Ich glaube, Sie selbst haben sich ja bei jedem Vorhaben die Dringlichkeit gegeben. Es ist eben einmal das eine vordringlicher als das andere und die Beschlüsse, die wir im abgelaufenen Jahr gefaßt haben, waren eben die vordringlichsten und ich glaube, daß manche Wünsche die bestehen, auch im kommenden Jahr nicht erfüllt werden können, weil es eben vordringlichere Wünsche gibt als zum Beispiel der Taboraufzug es ist. Der Taboraufzug kommt einmal, das ist sicher, wenn wir soweit sind, daß wir sagen können, jetzt ist die Dringlichkeit dafür gegeben, jetzt müssen wir dieses Projekt in Angriff nehmen. Sie werden bei der Beratung des Vorschlages für das Jahr 1965 vor der gleichen Situation stehen, vor der wir heute stehen bzw. im Verlaufe dieses Jahres gestanden sind. Bitte, trotzdem erwarte ich, daß Sie dem Nachtragsvorschlag Ihre Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Watzböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZBÖCK:

Darf ich Herrn Vizebürgermeister Schanovsky auf die Andeutung, wir hätten diese Wünsche im Laufe des Jahres nicht vorgebracht, kurz erwidern, daß wir das immer wieder haben. Die Kriegergedenkstätte haben wir immer wieder vorgebracht; die Brucknerplatzangelegenheit auch im Gespräch mit Herrn Bürgermeister. Wir wissen natürlich genau, daß wir hier im Gemeinderat nicht eine Planung, eine Tagesordnung umschmeißen können. Wir können das umso weniger, als zum Beispiel Beträge in den Finanz- und Rechtsausschuß gelangen wie erst

kürzlich einer in der Höhe von 400 000 Schilling und dazu erklärt wird, dieser Betrag sei schon ausbezahlt, nicht einmal im Gemeinderat, aber im Stadtsenat bereits beschlossen. Selbstverständlich weiß man, daß das im Gemeinderat nicht umgestoßen wird, außer durch uns drei oder vielleicht durch die andere Minderheitsfraktion. Da ist es natürlich sehr schwer, daß wir unsere Wünsche in der Gemeinde zum Durchbruch bringen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sie müssen eben diesen Wünschen die Mehrheit verschaffen!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte hier kann man wohl sagen, daß es bei manchen unserer Vorhaben nicht so sehr auf die finanzielle Basis oder die momentane finanzielle Basis ankommt. Wenn ich nur den Brucknerplatz und im gleichen Zusammenhang das Kriegerdenkmal erwähne, so ist es hier der Fall, daß das von uns eingesetzte Kuratorium oder der Vorbereitungsausschuß, wie man ihn nennen will, noch zu keiner einhelligen Auffassung gekommen ist, die dem Gemeinderat zur weiteren Beratung zugeleitet hätte werden können. Das steht kurz bevor und so lange nicht die Beratungen in diesem Gremium zu einer einhelligen Auffassung geführt haben, glaube ich, wäre es verfrüht, hier Beschlüsse darüber zu fassen.

Weiters wurde die Turnhalle erwähnt. Diese Ecke ist sicher ein Verkehrshindernis, aber sicher nicht am Verkehrssektor an erster Stelle stehend. Noch dazu wo der Aufwand der finanziellen Mittel für den Gewinn von 10 m² Grund - ich nenne nur eine Hausnummer - unverhältnismäßig hoch wäre. Diese 10 Quadratmeter Verkehrsfläche würden uns Millionen von Schil-

lingen kosten, wenn wir das heute durchführen würden. Das zum Problem der Verkehrsenge beim Turnsaal des Allgemeinen Turnvereines bzw. Ostkino. Außerdem sind auch noch die Belange der Übersiedlung des Kinos damit verbunden.

So sehen Sie, daß für die Probleme, die heute noch unbewältigt vor uns liegen, sicher auch ein Grund vorhanden ist, warum sie noch unerledigt sind. Wir könnten einen Katalog von noch vor uns liegenden Problemen aufstellen, der die Stärke unseres Voranschlags für 1965 um ein Vielfaches überschreiten würde, das wissen wir. Wir müssen nur immer und immer wieder abwägen, wo ist die Dringlichkeit am meisten gegeben.

Darf ich noch jemandem das Wort erteilen? Es ist dies nicht der Fall und ich darf Sie bitten, wenn Sie dem Nachtragsvoranschlag 1964 Ihre Zustimmung geben, dies mit einem Zeichen der Hand zu bekunden. Danke, Gegenprobe? Der Nachtragsvoranschlag ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt und ich bitte Herrn Vizebürgermeister Schanovsky!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

Sie haben gerade dem Nachtragsvoranschlag für das abgelaufene Jahr 1964 Ihre Zustimmung gegeben.

Nun obliegt es mir, zum zwanzigsten Male, Ihnen den Voranschlag zu unterbreiten. Sie sollen heute über den Voranschlag 1965, der den finanziellen Rahmen für die Abwicklung unserer kommunalen Aufgaben darstellen soll, beraten und darüber Beschluß fassen.

Dieser Voranschlag umfaßt sowohl den ordentlichen Haushalt als auch den außerordentlichen Haushalt sowie die Wirtschafts- und Finanz-

pläne der städtischen Unternehmen, der Krankenfürsorgeanstalt und die Stiftungen. Angeschlossen sind die erforderlichen Nachweise über den Dienstpostenplan. Nachrichtlich werden die Organgesellschaften der Gemeinde, die Finanzpläne und Wirtschaftspläne der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt und der Gasversorgungsgesellschaft ausgewiesen.

So wie in den vergangenen Jahren, wurde auch diesmal der Voranschlag wieder von der Einnahmenseite her erstellt. Leider fehlte 1965 die reale Basis, das endgültige Finanzausgleichsgesetz. Das letzte Finanzausgleichsgesetz, das für die Jahre 1959 bis 1963 gültig war, wurde für 1964 nur verlängert. Für 1965 gibt es nur eine Diskussionsgrundlage des Finanzministeriums, über die in den bisherigen Verhandlungen zwischen Finanzministerium einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits noch keine Einigung zustande gekommen ist, weil derartige einschneidende Änderungen in Aussicht genommen sind, die sich nachteilig für die Gemeindefinanzen und insbesondere für Industriegemeinden auswirken würden. Wir begrüßen daher die feste Haltung des Städtebundes: Es darf der neue Finanzausgleich keine Verschlechterung bringen. Falls bis spätestens April 1965 kein Finanzausgleichsgesetz erlassen wird, hat der Bund die Absicht, das bisher geltende Finanzausgleichsgesetz für ein weiteres Jahr zu verlängern.

So konnte der Voranschlag für 1965 nur auf der Basis der bisher geltenden Bestimmungen aufgestellt werden. Es soll die bisher geübte Finanzpolitik auch weiterhin betrieben werden mit dem gesunden Grundsatz, nicht mehr auszugeben, als die Einnahmen bringen und dabei bedacht zu sein, für eine ausreichende Liquidität zu sorgen. Dieser Leitgedanke und die Pflicht, eine wirksame Sparsamkeit

immer wieder zu üben, wird uns befähigen, mehr zu leisten. In dieser Hinsicht ist auch der Voranschlag für 1965 erstellt worden. Der ordentliche Haushalt ist wieder ausgeglichen. Der außerordentliche Haushalt schließt jedoch mit einem Abgang ab. (Bürgermeister - Stellvertreter Hans Schanovsky trägt nun aus dem Vorbericht zum Voranschlag 1965 - BEILAGE B - vor).

Sehr geehrter Gemeinderat!

Schon in der vorjährigen Budgetdebatte wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, die auch im kommenden Jahr noch nicht verwirklicht werden können. Es sind dies eine Stadthalle, eine Markthalle, der Schlachthof, ein Hallenbad, der Taboraufzug und verschiedene andere. Dem Projekt einer neuen Pflichtschule kommen wir schon näher. Ein Grundstück im Ausmaß von 30 000 m² wurde um rund 6 Millionen Schilling angekauft. Die Planung wurde im Wege eines Ideen-Wettbewerbes ausgeschrieben und eine Jury wird anfang des kommenden Jahres die Bewertung und Auswahl treffen. Der Baubeginn ist für den nächsten Herbst in Aussicht genommen. Für ein Berufsschulzentrum wurde ein entsprechendes Grundstück in Münichholz ausgewählt, einvernehmlich mit dem Amt der o.ö. Landesregierung. Wenn ich schon beim Sektor Schulwesen bin, so kann ich bei dieser Gelegenheit die auch für Steyr erfreuliche Tatsache erwähnen, daß Oberösterreich in Linz nun doch eine Hochschule erhält. Der Grundstein wurde bereits gelegt und der Bau macht gute Fortschritte. Dieser Umstand wird auch der studierenden Jugend von Steyr zum Vorteil sein, sodaß wir wohl nicht um einen Hochschulbeitrag herumkommen werden. Steyr ist ja als sehr schulfreundlich bekannt.

Sie wissen aber auch, welch ungeheures Ausmaß der Verkehr angenommen hat. Der Straßen- und Brük-

kenbau bedarf großer Summen. Ich glaube, es rückt bald die Zeit heran, in der die Sanierung von Zwischenbrücken vorbereitet werden muß, daher soll wenigstens mit der Planung schon jetzt begonnen werden. Mit dem Straßenbau ist aber immer gleichzeitig der Kanalbau verbunden, der ebenso hohe Kosten verursacht.

Wir haben wohl mit der Wasserversorgung große Fortschritte gemacht, auf welchem Sektor wir noch kostendeckende Gebühren haben. Ich glaube aber, daß man für die Wasserableitung, das ist die Kanalisation, ebenfalls Kanalbenutzungsgebühren einführen wird müssen, wie dies auch in anderen Städten der Fall ist.

Begonnene Bauvorhaben müssen weitergeführt werden, so der Zubau zum Altersheim, auf dessen Fertigstellung schon viele Antragsteller warten, um eingewiesen werden zu können.

Bei den städtischen Unternehmungen ist in den Verkehrsbetrieben eine Ausweitung der Linie auf die Ennsleite und auf den Tabor in Aussicht genommen.

Für Kleinbetriebe wurden Grundgewidmet, wohin auch eine entsprechende Zufahrtstraße in Angriff genommen wurde, die im kommenden Jahr fertiggestellt sein wird.

Den Fußgehersteigen wird man mehr Augenmerk zuwenden müssen.

Schließlich soll aber der Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden, für welchen wir nach wie vor einen ansehnlichen Betrag bereitstellen wollen. Außer dem projektierten Wiederaufbauvorhaben von 400 Wohnungen auf der Ennsleite, kommt demnächst das rund 200 Wohnungen umfassende Projekt mit den Steyrwerken zum Abschluß, für welches die Steyrwerke ein Grundareal von 20 000 m² kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Bei diesen Gemeindebauten ist erstmals die Zentralheizung vorgesehen.

Die Anstrengungen und Bemühungen, um die vielseitigen Aufgaben auf

den kommunalen, kulturellen und sozialen Gebieten erfüllen zu können, sind groß; leider reichen die finanziellen Mittel nicht aus, daß alle Erfordernisse auf einmal und zur gleichen Zeit ausgeführt werden könnten. So mußten eine Reihe von beachtlichen Wünschen zurückgestellt werden, weil sie im Rahmen dieses Voranschlags nicht unterzubringen waren. Damit soll nicht gesagt sein, daß diesen zurückgestellten Vorhaben die Notwendigkeit abgesprochen wird. Es soll nur ein Aufschub auf spätere Jahre sein.

Das ausgeglichene Staatsbudget für 1965 gibt berechtigte Hoffnung, daß im allgemeinen die bestehende Konjunktur anhält. In den Integrationsbestrebungen bei der EWG ist Österreich im abgelaufenen Jahr keinen Schritt weitergekommen. Es wird noch geraume Zeit dauern bis sich hier Erfolge einstellen werden. Man kann nur hoffen und wünschen, daß sich die österreichische Wirtschaft bis dahin auf den gemeinsamen europäischen Markt entsprechend vorbereitet. Nur dann wird man bestehen können. Jedenfalls macht unser größtes Industrieunternehmen, die Steyrwerke, alle Anstrengungen, um für diese Zeit gerüstet zu sein. Es ist zu hoffen, daß die Steyrwerke diese Wirtschaftsumwälzung bestehen werden, denn damit steht doch der Lebensstandard unserer Stadt und ihrer Bevölkerung im engsten Zusammenhang. Die immer noch bestehende Ungewißheit in der Auswirkung der angestrebten Integration muß dazu bestimmen, weiterhin größte Vorsicht walten zu lassen. Deshalb kann ich Ihnen noch keine Ausweitung des Budgets empfehlen, wenn es nur auf Schulden sein soll. Mit der Aufnahme kostspieliger Kredite soll man solange zuwarten, bis die Not dazu zwingt. Noch haben wir keine nennenswerten Schulden, die uns mit einer Zinsenleistung belasten und darüber können wir nach wie vor stolz sein.

Abschließend und zusammenfassend kann wieder festgestellt werden, daß unsere Finanzlage nach wie vor noch gefestigt ist, aber trotz dieser Ausgeglichenheit das Budget nicht überfordert werden soll.

Ich danke noch allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag, insbesondere Herrn Amtsrat Stary und bitte gleichzeitig alle verantwortlichen Dienststellen für eine rentable Wirtschaftlichkeit und ordnungsgemäße Abwicklung der Gebarung zu sorgen.

Der Finanz- und Rechtsausschuß bzw. der Stadtsenat stellt Ihnen daher folgenden Antrag:

2) Ha-4100/1964

Genehmigung des Voranschlages 1965.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1965 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 96 601 800 der außerordentliche Haushalt in den Einnahmen mit S 29 863 300 in den Ausgaben mit S 36 040 000 folglich mit einem Abgang von S 6 176 700

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparung oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen

der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 8 562 300,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 3 779 000,-, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 510 000,-, die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahr 1964 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	180 v. H.
Lohnsummensteuer	1 000 v. H.

Sehr geschätzter Gemeinderat!

Sie sind bisher mit großem Verständnis in allen Belangen unserer Kommunal-Politik für eine zweckmäßige Zusammenarbeit eingetreten. Sie haben damit den Beweis erbracht, daß das Beste für unsere Bevölkerung geleistet werden konnte, was allseits Anerkennung findet. Dies soll uns Ansporn sein, noch mehr für unsere schöne alte Eisenstadt zu leisten. Nur gemeinsame Arbeit wird erfolgreich zum Wohle unserer Bevölkerung und zur Ehre unserer Heimatstadt sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Applaus)

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Die Ausführungen des Herrn Fi-

nanzreferenten stehen zur Debatte. Als erster Debattenredner hat sich Stadtrat Kollege Schachinger gemeldet. Bitte!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Finanzreferent hat eingangs seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß er die Ehre hat, nun bereits zum zwanzigsten Mal hier vor diesem Forum seinen Bericht als Finanzreferent zu erstatten. Ich glaube, diese Feststellung, die praktisch ja auch schon ein Jubiläum ist, gibt uns eine gewisse Ruhe und Beruhigung, denn wenn ein Finanzreferent bereits 20 Jahre diese Gebarung zu leiten hat, ist es ein Beweis dafür, daß er die Geschicke, die finanzielle Entwicklung gut durchgeführt hat, daß er hier seine Arbeit geleistet hat als ein vorsorglicher und sehr bedachter Kaufmann. Wenn wir den Voranschlag für das Jahr 1965 durchsehen - wir hatten ja bereits Gelegenheit uns im Finanz- und Rechtsausschuß und auch im Stadtsenat damit zu beschäftigen - so können wir eigentlich über den Erfolg und die im Jahre 1965 zu leistenden Arbeiten sehr zufrieden sein. Ich habe bei der letzten Budgetdebatte mir gestattet, von einer Erstarrung unseres Budgets zu sprechen, nachdem doch Jahr für Jahr die gleichen Summen auferschienen sind. Wir haben heute erfahren, daß wir diesmal eine Budgetsumme erreicht haben, wie dies in Steyr noch niemals der Fall war. Wir haben zwar im außerordentlichen Haushalt ein Defizit; doch wie die Erfahrung zeigt, braucht uns das aber bestimmt nicht zu beunruhigen. Es ist ja letzten Endes immer so, daß der Finanzreferent seine Einnahmen etwas niedriger ansetzt, um hier im Laufe des Jahres auch jonglieren zu können. Wir haben im vergangenen Jahr auch darüber gesprochen,

daß es vielleicht doch günstiger wäre, Mittel in Anspruch zu nehmen, die auf mehrere Generationen verteilt werden sollen. Bitte ich will es hier ganz offen eingestehen, ich habe mich belehren lassen und weiß, daß diese Finanzpolitik ja doch nicht nur in der Stadt Steyr, sondern auch im Lande Oberösterreich betrieben wird und daß man dort bestrebt ist, die noch vorhandenen Schulden im Laufe der nächsten Jahre abzustatten. Wir sehen also, daß die Finanzgebarung der Stadt Steyr mit der des Landes Oberösterreich ziemlich konform geht und wenn wir wissen, daß an der Spitze der o. ö. Landesregierung als Finanzreferent der erfahrene Dr. Heinrich Gleißner steht und unser Finanzreferent wie wir heute erfahren haben, ein Mann ist, der diese Finanzgebarung schon 20 Jahre geleitet hat, so glaube ich, daß wir auch in das kommende Jahr mit Beruhigung gehen können. Wir sehen zwar eine Ausweitung der Einnahmen aber natürlich auch der Ausgaben, eine Erscheinung die durch die Vollbeschäftigung hervorgerufen wird. Das ständige Ansteigen der Löhne und auch der Preise ist ja zwar eine etwas beunruhigende Erscheinung und ich möchte gerade auf eine Erhöhung hinweisen, die uns ja angeblich in nächster Zeit bevorstehen soll, die Erhöhung des Strompreises, die ja auch für die Gebarung der Stadt Steyr von ziemlicher Bedeutung sein wird. Nun wir wissen aber, daß wir diese Erscheinung nicht nur in Österreich haben, sondern sie sich praktisch in der ganzen Kulturwelt abspielt und wir uns damit zufriedengeben müssen. Wenn es uns möglich ist, auch die Einnahmenseite zu erhöhen, so werden uns diese höheren Ausgaben nicht besonders beunruhigen.

Es ist bis jetzt immer Sitte gewesen, nur die Forderungen anzumelden. Ich kann mich erinnern, daß in Budgetsitzungen niemals darüber

gesprochen wurde, höhere Einnahmen mehr oder weniger durch unpopuläre Steuermaßnahmen zu erzielen, auf der anderen Seite aber auch niemals jemand aufgetreten ist, der gesagt hat, man könnte vielleicht auf die eine oder andere Einnahme verzichten. Ein Beispiel, das sich vor kurzem auf der Bundesebene abgespielt hat, gibt mir aber doch den Mut, hier an der Pyramide der Einnahmen etwas zu rütteln. Es ist zwar nicht die Basis dieser Pyramide und es ist daher auch gar keine Gefahr, daß diese Pyramide etwa zum Einsturz gebracht würde. Sie wissen, daß sich unser Herr Finanzminister im Sommer entschlossen hat, auf ganz bedeutende Einnahmen durch Zollermäßigungen bei Kaffee und auch bei Tee zu verzichten, daß er sich zeitweise auch verpflichtet - wir erleben das gerade in der Weihnachtszeit - bei sonstigen interessanten Importartikeln wie bei Konserven und Stödrüchten, auf Einnahmen zu verzichten. Worauf ich hier hinziele, ist die Getränkesteuer. Wir finden sie in unserem Voranschlag mit einem Posten von Schilling 2,8 Millionen. Ich will nicht deswegen gegen die Getränkesteuer Sturm laufen, weil es sich vielleicht um eine vollkommen überflüssige Einrichtung handelt, sondern ich laufe deswegen Sturm, weil die Handhabung dieser Getränkesteuer heute keine einheitliche mehr ist und gerade in der Kaufmannschaft schon seit Jahren tiefe Empörung hervorruft, da hier Geschäftspraktiken möglich sind, die nicht mehr auf der Gleichheit der Staatsbürger beruhen. Die Getränkesteuer ist praktisch eine Anordnung des Landes. Sie ist eine "Kann-Bestimmung" und wird verschiedentlich auch so ausgelegt, daß, wenn eine Gemeinde diese Steuer nicht einheben würde, also sie nicht alle ihre Steuermöglichkeiten richtig ausschöpft, das Land vielleicht die Gemeinde dadurch bestraft, daß es ihr eventuelle Zuweisungen streicht. Bit-

bezieht neue Wohnungen und die alte Wohnung bleibt leer stehen. So müssen wir uns doch, glaube ich, endlich einmal durchringen, Überlegungen und Meinungen, die wir vielleicht schon Jahrzehnte mit uns tragen, abzustreifen. Ist es volkswirtschaftlich wirklich vertretbar, daß sogenannte Altwohnungen, worunter ich nicht verstehe, daß Altwohnungen vollkommen vermoderte und schlechte Wohnungen sein müssen, leerstehen? Die Zeit ist sehr schnellläufig, erinnern Sie sich, daß wir vor 20 oder 25 Jahren Münchenholz gebaut haben, damals ein Musterbeispiel einer modernen Wohnsiedlung, die aber heute von den Wohnbauten am Tabor und auf der Ennsleite schon sehr weit übertroffen wurde. Wir müssen bedauerlicherweise feststellen, daß von Jahr zu Jahr in unserer Stadt, in welcher eine relativ große Wohnungsnot herrscht, Dutzende ja Hunderte von Wohnungen frei stehen. Sie stehen frei, obwohl sie relativ ja sehr billig sind, weil man sie ja nicht verlieren will oder sie vielleicht sichern will für die Kinder. Jetzt bitte ich, machen Sie mir, der eine oder andere Herr, nicht den Vorwurf, indem er sagt, der Stadtrat Schachinger ist jetzt aufgetreten und spricht von der Hausherrnrente und will sozusagen diesen unangenehmen Vogel, der immer mit der Miete in Verbindung gebracht wird, aufhalten. Es ist gar nicht meine Absicht und ich verstehe vollkommen, daß man für eine schlechtere Ware nicht den gleichen Preis bezahlen kann wie für eine gute. Aber die Mietzinse in den Altwohnungen und in den neuen Wohnungen doch in eine richtige Relation zu bringen, wäre endlich eine Aufgabe! Man würde wahrscheinlich sich da auch bereit erklären, ältere Wohnungen instand zu setzen und hier eine Abhilfe zu schaffen. Vergessen wir doch nicht, daß es noch so und so viele Bewohner dieser Stadt gibt, die nicht imstande sind, vielleicht

400, 500 oder 600 Schilling für eine Wohnung zu bezahlen und daß wie die Erfahrung zeigt, die Wohnungen ja von Jahr zu Jahr teurer werden, weil eben das Bauen teurer wird. Das wäre eine Überlegung, meine Herren, und vielleicht werden wir doch in Zukunft einen Weg finden und hier einen Ausgleich und auch eine Verbesserung im Wohnungsproblem schaffen.

Ein heißes Eisen war im Laufe des letzten Jahres die Regulierung am Stadtplatz. Diese Stadtplatzregulierung hat sich praktisch in 3 Teile geteilt: Eine Ordnung in das Marktwesen zu bringen, endlich für anständige Parkmöglichkeiten und drittens auch für einen flüssigen Verkehr am Stadtplatz zu sorgen. Nun, ich glaube, der Großteil dieser drei Punkte wurde erfüllt und ich möchte mit besonderer Genugtuung feststellen, daß hier eine gute Zusammenarbeit herrschte, um diese Probleme nach bestem Wissen und Gewissen zu gestalten. Es zeigt sich aber, daß man so etwas nicht in ganz kurzer Zeit erledigen kann, da immer wieder Argumente auftauchen, für die, das muß ich hier ganz besonders bemerken, nicht nur der Herr Bürgermeister und auch der Herr Vizebürgermeister Schanovsky, sondern auch die Beamten das größte Verständnis aufgebracht haben. Der flüssige Verkehr ist vorhanden, aber trotzdem müssen wir eines feststellen - und das ist der Engpaß bei der Bezirkshauptmannschaft - daß die zwar von allen möglichen Fachexperten überprüfte Regelung doch heute nicht mehr oder überhaupt nicht den Anforderungen entspricht. Wir müssen feststellen, daß man von der Leopold-Werndl-Straße oft bis zur Redtenbacherstraße in langen Schlangen steht, daß eine mechanische Regelung des Verkehrs nicht möglich ist und wir zu diesem Problem kommen müssen, doch eine Entlastung dieses wichtigen Einfahrtstores, das heute die Pfarrgasse für unsere Stadt

bedeutet, zu suchen. Dieser Ausweg, glaube ich, kann doch nur die Durchführung des Hundsrabenprojektes bzw. die Errichtung einer neuen Neutorbrücke sein. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir uns diesem Problem besonders zuwenden müssen. Es wird auf die Dauer nicht genügen, Umfahungsstraßen zu schaffen in Steyr, um den Schwerverkehr außerhalb der Stadt herumzulenken, den vergessen Sie nicht, daß auch der Personenverkehr, der innerstädtische Verkehr, ständig zunehmen wird und wenn wir hier nicht raschest daran gehen, diese Probleme zu meistern, werden wir bestimmt auf diesem neuralgischen Punkt noch große Überraschungen erleben. Es ist ein Problem, das natürlich sehr viele finanzielle Mittel erfordern wird. Aber darf ich vielleicht daran erinnern, daß unser Ehrenbürger und hochverehrter Herr Landeshauptmann einmal bei einer Ansprache gesagt hat, daß ihm die Stadt Steyr und auch der Herr Bürgermeister deshalb so sympathisch sind, weil sie ihm gar nicht auf seiner Brieftasche liegen. Die ganzen Bürgermeister von Oberösterreich kommen immer mit den Sorgen und Nöten und ihren finanziellen Anliegen. Nur die Stadt Steyr ist in der glücklichen Lage, das nicht tun zu müssen. Wollen wir doch den Herrn Landeshauptmann einmal beim Wort nehmen. Ich habe fast den Eindruck gehabt, als er darüber gesprochen hat, daß er vielleicht sogar etwas gekränkt war, daß er nicht auch....

(Allgemeines Gelächter)

.... der Stadt Steyr, die er doch so schätzt und der er als Ehrenbürger angehört, einmal entgegenkommen kann. Nachdem wir ja solange nichts bekommen und solange nichts gefordert haben, so glaube ich, daß auch hier das offene Herz des Herrn Landeshauptmannes bestimmt sehr großzügig sein wird. Es ist Ihnen ja bekannt, wenn wir im Stadtsenat Arbei-

ten vergeben, dann heißt es ja auch, der hat schon lange nichts mehr erhalten, dem müssen wir jetzt mehr geben. Ich bin überzeugt, daß unser Landeshauptmann genau den gleichen Standpunkt einnehmen wird.

Weil ich hier gerade von den Stadtsenatsitzungen spreche, möchte ich auf folgendes verweisen: Unter dem letzten Punkt kommen meistens - es ist Kollege Gherbetz, der das Vergnügen hat, der Verkehrsreferent der Stadt Steyr zu sein - Anordnungen über Einbahnstraßen, über Verbotstafeln usw. und ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen - ich bin zwar kein Autofahrer und ich bin glücklich darüber - sich in diesem Schilderwald heute noch auszukennen, ist eine Wissenschaft und ich bedauere jeden Fremden, der in diese Stadt hereinkommt. Wir werden langsam eine Schilderstadt, ich sage nicht, bitte keine Verwechslung, nicht daß Sie meinen wir würden eine Schildbürgerstadt! Ich glaube, daß es hier notwendig sein wird, diese bis jetzt in großen Mengen angebrachten Verkehrsschilder einmal genau zu überprüfen und sich für die Zukunft ein richtiges Verkehrskonzept zu verschaffen.

Ich habe schon von den modernen Wohnvierteln der Stadt Steyr gesprochen. Die Stadt Steyr hat aber nicht nur die modernen Viertel, sondern in ihrem Kern Viertel, die die Stadt eigentlich zu der Bedeutung gebracht haben, die sie heute hat. Sie wissen um die Gründungen Josef Werndis; die seinerzeitige österreichische Waffenfabriksgesellschaft hat doch ihre Anlagen in dem Bezirk erbaut, der sich um den Wehrgraben ausdehnt. Wer sich noch erinnert, welches Leben in diesem Gebiet einstmal geherrscht hat, wieviel auch kleinere Gewerbe- und Industriebetriebe dort sesshaft geworden sind, die sich die Kraft der Steyr für ihre Werke nutzbar gemacht haben, sieht heute eigentlich mit Bedauern und mit Entsetzen,

te, die Getränkesteuer ist eine ausgesprochene Verzehrsteuer, das heißt, wenn man sich beispielsweise in Steyr etwas zu trinken kauft und es auch in Steyr trinkt, so muß man Getränkesteuer zahlen. Kauft man das aber auswärts, zum Beispiel man ist ein Linzer und kauft in Steyr, so ist man nach dem Gesetz nicht verpflichtet, für diese Ware Getränkesteuer mitzubezahlen. Das war bisher nicht recht bekannt und es ist die praktische Durchführung auch sehr schwierig. Dadurch sind Erscheinungen aufgetreten, die der bodenständigen Kaufmannschaft absolut großen Schaden zufügen und sie nicht mehr konkurrenzfähig machen, denn wir haben es erlebt, daß auswärtige Betriebe aus Niederösterreich - Hauer, Großhändler usw. - es verstehen, sich in irgend einem Wohnbezirk, sei es auch nur in einer Wohnung, eine kleine Niederlassung schaffen, dort einen Pensionisten mit einem kleinen Betrag abfertigen und dort ihre eigene Ware, in dem fremden Ort, ohne Getränkesteuer verkaufen. Sie müssen einsehen, meine Damen und Herren, daß dieser Zustand auf die Dauer vollkommen unhaltbar ist und ich muß Ihnen sagen, daß ich bei Versammlungen von Kaufleuten ständig bedroht werde, weil es uns bis heute noch nicht gelungen ist, hier Abhilfe zu schaffen. Man hat seinerzeit bei der Einführung der Getränkesteuer das nicht richtig verstanden und dachte, es würde sich hier nur um alkoholische Getränke handeln. Aber wie Sie wissen, ist diese Getränkesteuer ja auch auf die Fruchtgetränke, ja sogar auch auf das Eis, auf Limonaden und alles mögliche ausgedehnt. Hier meine Damen und Herren, möchte ich Sie auf etwas besonderes aufmerksam machen. Wenn schon nicht die Möglichkeit besteht, die geistigen Getränke von der Getränkesteuer zu befreien, was aber unser Wunsch wäre, so wollen Sie folgendes bedenken: Die west-

lichen Manieren, die westliche Lebensweise greift auch bereits in Österreich platz und wir wissen, daß der Konsum an Konserven immer mehr überhand nimmt und wir uns langsam dem amerikanischen und dem englischen Lebensstandard nähern. Wir wissen, daß diese Völker auch große Konsumenten von wirklich erstklassigen Fruchtsäften sind und diese Fruchtgetränke bezwecken nicht mehr und nicht weniger, als die vitaminarme Konservennahrung durch die vitaminreichen Fruchtsäfte auszugleichen. Ich bitte, es handelt sich hier um eine Entwicklung, die auch vor uns nicht stehen bleiben wird und es wird, wenn dies auch momentan noch nicht so begriffen wird, notwendig sein, diese Fruchtgetränke - ich denke hier nicht an jene, die mit Aqua sehr aufgefüllt sind, sondern wirklich an die Juices und die reinen Fruchtgetränke - von der Steuer zu befreien, um unserer Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, diese in der Zukunft äußerst wichtige und so vitaminreiche Nahrung zu sich nehmen zu können. Das wäre über die Getränkesteuer.

Wir haben uns hier auch schon viel mit der Gewerbeförderung beschäftigt. Sie wissen, die Stadtgemeinde hat ein Areal geschaffen, um es ihren Gewerbetreibenden und vielleicht auch kleinen Industriebetrieben zu ermöglichen, sich nicht nur sesshaft zu machen, sondern auch ihre Betriebe auszubauen. Es gibt hier leider, wie Sie gehört haben, Erscheinungen, die die für diese Zwecke vorzuhaltenden Plätze entfremden. Ich möchte Sie hier ausdrücklich bitten, Herr Bürgermeister, daß diese Zweckbestimmung auch in Zukunft genauestens eingehalten und die Gewerbeförderung nicht durch Verkauf dieser Grundstücke an irgendjemand anderen geschädigt wird.

Herr Kollege Enge hat im vergangenen Jahr als das Problem Nummer 1 das Schulproblem betrachtet

und Herr Vizebürgermeister hat uns ja bereits die erfreuliche Mitteilung gemacht, welche Fortschritte auf diesem Gebiet erzielt wurden. Sie wissen, daß mir gerade dieses Berufsschulzentrum besonders am Herzen gelegen ist. Ich muß Sie aber leider darauf aufmerksam machen, daß wir bis heute noch immer nicht die Zusage bekommen haben, daß die von uns so erwünschte Internats-Berufsschule für den Eisenwarenhandel und andere verwandte Betriebe in Steyr errichtet wird. Das Berufsschulzentrum, das für Steyr geplant ist, soll ja nur die beiden ausgesiedelten Schulen aufnehmen, die kaufmännische und die gewerbliche Berufsschule sowie auch die Internats-Berufsschule in dem ehemaligen Altersheim in der Sierninger Straße. Ich würde Sie daher, Herr Bürgermeister, sehr bitten, die Bestrebungen der Kammer und der Kaufmannschaft der Stadt Steyr bei der oberösterreichischen Landesregierung zu unterstützen. Wir haben bereits in Erfahrung gebracht, daß eine Bezirksstadt, nicht weit von Steyr entfernt, sehr daran ist, diese Berufsschule zu erhalten. Wenn wir den Anschluß versäumen, werden wir keine Möglichkeit mehr haben, eine Internatsberufsschule für den Handel nach Steyr zu bekommen.

Ein ganz besonderes und wichtiges Problem scheint mir trotz allem was bis heute geleistet wurde, das Wohnungsproblem zu sein und welcher Funktionär der Gemeinde wird nicht ständig von allen Freunden, Bekannten und auch Unbekannten um Intervention gebeten, der ihm dann schildert, in welchen unmöglichen Verhältnissen er lebt und man soll ihm doch helfen, da er bereits seit Jahren für eine Wohnung vorgemerkt ist. Bitte, es mag vielleicht ein ganz krasser Fall sein, aber ich verstehe es vollkommen, wenn eine vierköpfige Familie in einem Raum

wohnen muß, der zur Wohnung dadurch gestaltet wird, daß man ihn durch Vorhänge in eine Küche, in ein Wohnzimmer und in ein Schlafzimmer teilt, wenn man dann hier noch ein Kleinkind unterzubringen hat, das die Tages- und Nachtruhe braucht, ein Schulkind vorhanden ist, das die Aufgaben machen soll und die Eltern sich dann eventuell beim Fernsehapparat oder beim Rundfunkapparat vergnügen wollen, so kann man sich vorstellen, welche gute Verhältnisse in solch einer Familie herrschen müssen. Wir wissen jetzt, daß uns ja für die Zukunft größere Bauvorhaben bevorstehen. Von der großen Geste, die die Steyrwerke anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Stadt gegenüber gemacht haben, haben wir gehört und sind darüber sehr froh. Wir wissen aber auch um die Bestrebungen in allen anderen Richtungen. Aber trotzdem müssen wir sagen, die Stadt Steyr hat eigentlich gar keinen bedeutenden Bevölkerungszuwachs und auch eine Zuwanderung infolge der Errichtung von neuen Betriebsstätten können wir nicht feststellen und trotzdem kann man in der Stadt mit den Wohnungen kein Auslangen finden. Wir sind gegen die Stadt Wels ja seit den letzten Jahren um eine ganz bedeutende Zahl von Einwohnern zurückgeblieben. Wo liegt hier der Grund? Wir wissen, daß wir Bezirke haben, die sehr veraltet sind, mit Wohnungen, die den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr entsprechen und es ist klar, daß besonders die jungen Leute in modernen, bequemen Wohnungen leben wollen, auch wenn sie einen relativ hohen Mietzins auf sich nehmen müssen. Die Frühehen und der Wunsch nach einer qualitativ besseren Wohnung ist der Hauptgrund, daß eigentlich die relativ große Wohnbautätigkeit in Steyr mehr oder weniger ein Faß ohne Boden ist. Wir erleben, gerade wenn man in einem Altstadtbezirk wohnt, ein ständiges Abwandern; man

daß dieser Stadtteil mehr oder weniger seinem Verfall entgegengeht. Schon dieser Wehrgrabenkanal: die dorthin mündenden Kanäle - ich denke hier besonders an die Abkehr, die immer noch zu einem Zeitpunkt stattfindet, wo wir noch sommerliche Temperaturen haben - so muß ich ehrlich sagen, ich bedauere diese Menschen - nachdem doch dieser Wehrgrabenkanal sehr schmal ist - welchen Qualen sie ausgesetzt sind, wenn die Abkehr ist und wenn die Kanäle dann offen in das trockene Flußbett hineinrinnen. Es ist seinerzeit, ich glaube der Plan geht nun schon Jahrzehnte zurück, der Versuch unternommen worden, diesen Wehrgrabenkanal überhaupt aufzulassen und dort eine Entlastungsstraße zur Sierninger Straße zu schaffen. Ich glaube, auch das ist ein Projekt, das wir aufgreifen müssen. Eine Verrohrung der Kanäle, eine Überbrückung des Steyrflusses und die Verwendung des Wehrgrabenkanals als eine Parallelstraße zur Sierninger Straße wird dem innerstädtischen Verkehr, der sowieso durch die vielen Einbahnstraßen, durch die vielen Umfahrungen, ja weiterhin immer mehr verstärkt wird, auflockern. Ich bitte Sie daher, dem Problem des Wehrgrabens Ihr besonderes Augenmerk zu schenken.

Im Zusammenhang mit dem Verkehrsproblem und den Straßen kommt man natürlich auch zum Parken. Wir haben geglaubt, daß der Parkplatz, der am Ennskai geschaffen wurde, eventuell jene Auto aufnehmen wird, die heute am Stadtplatz nicht mehr abgestellt werden können. Wenn wir aber in eine Stadtsenatsitzung kommen, müssen wir mit Entsetzen feststellen, daß auch dieser Parkplatz heute nicht mehr ausreicht. Es ist oftmals schon die Frage aufgetaucht, warum man denn den sogenannten Flößerhafen nicht zuschüttet und dort die Möglichkeit schafft für neue Parkplätze. Ich weiß, daß dieses Projekt mit einem anderen

Projekt verbunden ist. Allein wenn wir diesem Projekt positiv gegenüberstehen, so haben wir immerhin die Möglichkeit, uns dort auf relativ billige Art einen Parkplatz zu schaffen.

Sie wissen, daß ich mich im vergangenen Jahr ziemlich weitläufig mit dem Steyrer Fremdenverkehr beschäftigt habe. Es wäre überflüssig über die Bedeutung und Wichtigkeit auch heute zu sprechen. Aber es sind wiederum 365 Tage vorbeigegangen und wir stehen hier, um sozusagen Bilanz zu ziehen. Wir haben bereits im Herbst die betrübliche Feststellung machen müssen, daß die Übernachtungsziffern in Steyr trotz des Anschwellens des Fremdenverkehrs, wie es in ganz Österreich festzustellen war, wieder etwas abgenommen haben. Auf der einen Seite heißt es, wir können keinen Fremdenverkehr in Steyr haben, weil uns die Betten fehlen, auf der anderen Seite müssen wir feststellen, daß mit den vorhandenen Fremdenzimmern leicht das Auslangen zu finden ist, daß in einem ganz renommierten Hotel die Bettenkapazität im Jahr nur mit 47 % ausgenutzt ist und ein Durchschnitt in Steyr von 30 % herauskommt. Wir wissen natürlich, daß es im Fremdenverkehr gewisse Spitzen gibt und das ist im Sommer. So ist nun vor kurzem in einer Versammlung die Idee aufgetaucht, warum es in Steyr nicht zu machen ist wie in anderen Orten, wo man versucht, die Privatquartiere heranzuziehen. Ich bin überzeugt, viele und gerade die, die heute leerstehende Wohnungen oder leerstehende Zimmer haben, hätten dann die Möglichkeit, sie dem Fremdenverkehr nutzbar zu machen, dadurch auch der Stadt einen großen Dienst zu erweisen und auf der anderen Seite aus dem Fremdenverkehr ein ganz günstiges Nebeneinkommen zu schaffen. Wir müssen aber feststellen, wenn auch die Übernachtungsziffern zurückgegangen sind, daß der Durchzug beim Frem-

denverkehr doch einen ganz bedeutenden Umfang angenommen hat. Ein Beweis hierfür ist eine Feststellung der Banken, daß im heurigen Sommer der Umsatz an Valuten ca. um 30 % gestiegen ist, das heißt also, daß die Fremden nicht nur nach Steyr gekommen sind, um sich Geld umzuwechseln, da hätten sie nämlich auch durchfahren können, sondern daß sie hier auch das Geld verbraucht haben und die Wirtschaft in irgend einer Weise befruchtet haben. Ich kann Ihnen hier auch mitteilen - es handelt sich hier natürlich in erster Linie um das Zehrturn der Stadt Steyr - daß dadurch auch eine bedeutende Belebung des Geschäftes durch die Fremden festzustellen ist.

Nun wir haben im vergangenen Jahr davon gesprochen, daß wir alle - Gemeinde, Kammer, Gastwirte und Hotelbetriebe - uns bemühen werden, irgend etwas zu unternehmen, um doch das Ziel zu erreichen, daß Steyr als Fremdenverkehrsstadt erklärt wird und wir dadurch die Möglichkeit haben, auch in die internationale Propaganda eingeschaltet zu werden.

Eine etwas unglückliche Meldung an die Presse hat hier die Meinung hervorgerufen, als würde man in den Wirtschaftskreisen diesem Fremdenverkehr vollkommen ablehnend gegenüberstehen, ja es war sogar in der Form verfaßt, daß ich als Außenstehender mir hätte denken müssen, man wünscht sich gar nicht, daß Du in diese Stadt kommst, umfahre sie nur, man will Dich ja als Gast und als Kunde gar nicht aufnehmen. Es ist hier ein gewisses Mißverständnis entstanden und man hat es bis heute vermieden, dieser unglücklichen Auslegung einer Pressekonferenz entgegenzutreten. Ich möchte Ihnen aber bei dieser Gelegenheit sagen, daß doch vieles nicht stimmt, was da drinnen gestanden ist. Gerade in bezug auf diese Fremdenprospekte habe ich zum Beispiel von Leuten erfahren, daß sie, obwohl sie sich sehr darum bemüht haben, nur im geringsten Ausmaß be-

teilt wurden. Ja sogar in einem so geringen Ausmaß, daß sie die Prospekte in ihrer Privatschatulle verwahrt haben, um doch vielleicht einem bevorzugten Gast damit dienlich sein zu können. Wir haben uns - die Österreichische Volkspartei - bei der letzten Sitzung der Stadtparteileitung mit dem Problem des Fremdenverkehrs ausführlich beschäftigt. Man ist dort zur einhelligen Meinung gekommen, daß die Förderung des Fremdenverkehrs eine unbedingte Notwendigkeit sein wird und daß laut dem Fremdenverkehrsgesetz die Initiative, uns zur Fremdenverkehrsstadt zu erklären, nicht von irgendeiner Kammer, auch nicht von irgendeiner Interessengemeinschaft ausgehen kann, sondern nur von der Stadt selbst. Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, hier ganz offiziell, Ihre Bemühungen dahin zu richten, in erster Linie eine Interessengemeinschaft zu schaffen aus all den an dem Fremdenverkehr interessierten, damit wir die Voraussetzungen schaffen können, daß die Stadt Steyr den Antrag an die o. ö. Landesregierung stellen kann, sie zur Fremdenverkehrsstadt zu erklären. Wir sehen in dem Fremdenverkehr tatsächlich zusätzliche Einnahmen. Es wird für Steyr nicht so einfach sein, denn der Fremdenverkehr ist ja nicht so organisch gewachsen wie in den alten traditionellen Fremdenverkehrsstädten wie Salzburg oder Innsbruck. Wir sind auch nicht in der Lage durch einen aufgekommene Sport und eine klimatisch besonders gute Lage - ich denke hier an Saalbach - einen Fremdenverkehr in einem ungeheuren Umfang aus dem Boden zu stampfen. Wir müssen hier bestimmt mit Kleinarbeit beginnen und wenn es uns gelingt, wirklich aufgeschlossene junge Menschen für diese Mitarbeit zu gewinnen, dann glaube ich, daß wir auch in Steyr große Erfolge haben werden.

Es war nicht nur der Fremdenverkehr, um den wir uns schon seit Jahren bemühen, um hier für die Stadt

zusätzliche Einnahmen zu schaffen. Sie wissen ganz genau, daß wir auch schon seit Jahren bemüht waren, eine Garnison in unsere Stadt zu bringen. Diese Garnison hat am 26. Oktober wieder in der ehrwürdigen Stadt Steyr Einzug gehalten und wir Älteren wissen, daß wir seinerzeit über sehr stolze Regimenter verfügten und es war wirklich für uns alle eine Befriedigung, nun auch wieder ein österreichisches Heer in unseren Mauern zu haben. Knapp bevor wir Gelegenheit hatten, diese jungen Leute in den Mauern unserer Stadt zu begrüßen, hat eine Gemeinderatsitzung stattgefunden und ich muß schon ehrlich sagen, es war nicht recht freundlich, einen Gast, den man sich so heiß ersehnt, mit mehr oder weniger unbedachten und unfreundlichen Worten zu empfangen. Ich habe es absichtlich in dieser Gemeinderatsitzung vermieden zu diesen Punkten, die uns doch besonders am Herzen liegen, Stellung zu nehmen, weil ich es als eine Unfreundlichkeit für einen willkommenen Gast betrachtet habe. Ich möchte aber hier nur ganz kurz nachholen, daß die Vorwürfe, die von gewissen Seiten gefallen sind, vielleicht doch nicht ganz richtig waren. Man hat zum Beispiel den Minister Graf auch hier zitiert und seine Arbeit, die er geleistet hat, mehr oder weniger bagatellisiert. Die Arbeit, die Graf geleistet hat und der Erfolg mit dem sie gekrönt war, hat sich erst dann für uns gezeigt, als der letzte Besatzungssoldat im Oktober 1955 Österreich verlassen hat. Die Vorarbeit Grafs war, daß es möglich wurde, daß knapp hinter den Besatzungstruppen, die uns mit ihrer zehnjährigen Anwesenheit doch schon etwas auf die Nerven gegangen sind, ein österreichisches Bundesheer bereits wieder in unserer alten Residenzstadt seinen Einzug halten konnte und wer dieses Ereignis vielleicht persönlich oder über den Rundfunk erlebt hat, muß sagen, daß unsere

Bundeshauptstadt diese jungen Menschen wohl mit großer Freude und Begeisterung empfangen hat, da sie doch letzten Endes die Söhne ihres eigenen Volkes waren und welches Volk ist nicht stolz auf seine jungen Waffenträger! Wir haben dieses Bundesheer auch in Steyr als Helfer in der Not begrüßen können, denken Sie an die Arbeit, die die jungen Pioniere uns geleistet haben in schwierigen Zeiten. Die Kosten die uns durch die Begrüßung dieses Heeres erwachsen sind, sind ja relativ so klein, daß sie überhaupt keine Rolle spielen, die werden bereits in einem Jahr wieder hereinkommen. Sie waren eine einmalige Ausgabe. Die Investitionen, die vielleicht für die Kaserne notwendig waren, wurden ja nicht von der Gemeinde, sondern vom Bund bezahlt und die heimische Industrie und das heimische Gewerbe hat ja hier Arbeit und Brot gefunden. Ich verstehe es vollkommen, daß es heute kein Vergnügen sein kann, im Zeichen des Wohlstandes, als junger Mensch, der bereits die Schule verlassen hat und oftmals schon in einem Arbeitsverhältnis mit entsprechender Verdienstmöglichkeit steht, hier 9 Monate einen Dienst zu leisten, der letzten Endes ja doch nur mit einigen Schillingen abgegolten wird. Er hat es bedeutend schwieriger als der ukrainische Soldat, der im Jahre 1910 aus irgend einem entlegenen Dorf nach Steyr gekommen ist. Der hat keinen Lebensstandard in dieser Form gehabt. Er hat im Gegenteil sogar erst mit den Errungenschaften der Zivilisation in Beziehung kommen müssen und es hat damals viele Leute gegeben, die 3 Jahre im Heer gedient haben, die sich den ganzen Sold ersparten und hier wirklich viel gelernt haben. Erschweren wir nicht den Dienst der jungen Leute, die hier für 9 Monate ein geringes Einkommen haben und auf verschiedenes unseres Wohlstandsstaates verzichten müssen und vergessen wir nicht, daß ja diese

Leute, die am 26. Oktober in den Mauern unserer Stadt Einzug gehalten haben, freudig begrüßt von einer großen Bevölkerungsmenge, ja nicht irgendwelche Amerikaner oder Russen, sondern die Söhne unseres eigenen Volkes waren. Wenn wir diese Institution, der sie heute dienen, lächerlich machen, dann können wir von diesen jungen Leuten auch nicht die entsprechende Leistung verlangen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
WATZENBÖCK:

Wer hat denn gegen die Soldaten gesprochen? - Kein Mensch!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER :

Wir haben auch das letzte Mal schon über die Beleuchtung gesprochen. Bitte ich beuge mich der damaligen Meinung des Kollegen Enge und auch des Kollegen Moser bezüglich des Stadtplatzes, möchte aber daran erinnern, daß sich die Brücken weiterhin noch im Dunkeln befinden und böse Leute behaupten, es wäre die Beleuchtung deswegen so schwach, um in den Nachtstunden nicht den niedrigen Stand der Enns sehen zu können.

Der Taboraufzug ist schon einige Male erwähnt worden. Kollege Watzenböck hatte die Liebenswürdigkeit, mich daran zu erinnern, daß ich im vergangenen Jahr von den Bewohnern diesseits und jenseits der Enns gesprochen habe, daß ich mich als Taborianer bekannt habe. Bitte, wenn ich das in etwas humoristische Form gekleidet habe, so war es nicht meine Absicht und auch nicht meine Idee oder Meinung, daß es sich hier um eine lächerliche Sache oder um eine lächerliche Auseinandersetzung handeln würde. Ich war mir vollkommen bewußt, daß es sich hier doch um 2 ganz bedeutende Bezirke handelt, die Ennsleite und den Tabor, die in unserer Stadt doch eine große Rolle spielen, deren Bewohner

aber das Beschwerliche haben, um in die innere Stadt zu gelangen, einen Berg hinuntersteigen und auch wieder hinaufsteigen zu müssen. Es ist ganz klar, daß hier natürlich, wenn man für einen neuen Bezirk irgendwelche Möglichkeiten oder Annehmlichkeiten schafft, der alte Bezirk auch mit irgendwelchen Forderungen kommt. Die Stiege auf die Ennsleite ist bestimmt auch etwas beschwerliches und so war es eben der Wunsch der Ennsleitenbewohner, auch für sich etwas zu erhalten. Einer dieser besonderen Wünsche betraf den nicht recht günstig ausgebauten und gefährlichen Ennsleitenberg. Bitte?

ZWISCHENRUF STADTRAT PETER-
MAIR:

Arbeiterberg!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Arbeiterberg. - Wie wir erfahren und wie wir wissen, wird ja nun auch die Ennsleite ihren heiß ersehnten Arbeiterberg bekommen und es ist auch bereits die Stimmung in den beiden Lagern bedeutend besser und ich glaube, es wird als nächstes auch der Taboraufzug kommen, den wir ja schon seit Jahren immer sozusagen als Erinnerungspost im außerordentlichen Haushalt haben, eine Erinnerungspost, sozusagen der Knoten im Taschentuch, den man immer dann macht, wenn man etwas vergessen hat und jetzt verspricht, das wird gemacht. Aber es wandert dann das Taschentuch in die Waschmaschine und man hat immer wieder etwas vergessen. Es ist dies aber nicht nur die einzige Erinnerungspost und der einzige Knoten, den wir haben. Es gibt verschiedene Erinnerungen und hier ist auch das Wort vom Kriegerdenkmal gefallen.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin

eigentlich und auch meine Fraktion ist sehr glücklich, daß wir damals nicht zu einer schnellen überraschenden Lösung gekommen sind, denn so ein Denkmal das hat doch mehr oder weniger einen Ewigkeitswert, das muß doch auch überlegt werden. Wir haben im vergangenen Jahr von einer gewissen Seite gehört, daß besonders der Friedhof für dieses Kriegerdenkmal günstig wäre und es sind so verschiedene Projekte aufgetaucht, die wieder fallen gelassen worden sind. So etwas braucht Überlegung. Aber ich glaube, wir haben uns heute bereits zu dem einen Projekt durchgerungen: Ein Kriegerdenkmal muß geschaffen werden, damit die Bevölkerung laufend sich erinnert; es soll ein Mahnmal sein für all die Ereignisse, die tief alle Gesellschaftschichten und alle Familien einstmals betroffen haben. So ein Denkmal in einem versteckten Winkel unterzubringen, wozu vielleicht ein riesiges Kapital erforderlich wäre, finden wir auch ungünstig. Ich glaube, daß die Erweiterung des bestehenden Kriegerdenkmals wohl die Lösung sein wird, die finanziell tragbar ist und die auch dem Wunsch großer Teile der Bevölkerung entspricht. Der Vorplatz, der dort vorhanden ist, wenn er entsprechend gestaltet wird, gibt auch die Möglichkeit, dort Feiern abzuhalten. Der Brucknerplatz - das wurde auch erwähnt - ist zwar auch noch immer im Dunkeln, aber ich bin überzeugt, daß, wenn wir dieses Kriegerdenkmal dort in Angriff nehmen, auch der Brucknerplatz endlich die Ausgestaltung bekommt, der er würdig ist.

Das Kulturprogramm unserer Stadt, das können wir hier mit großer Befriedigung feststellen, ist sehr weitgreifend und ich muß hier ganz ehrlich sagen und das freut mich eigentlich, denn ich war ja seinerzeit der Anreger, sich unseres alten Ehrenbürgers Werndl zu erinnern. Die

Gedenkfeier in der Schloßkapelle war wohl eine der stimmungsvollsten und schönsten, die wir erlebt haben und ich muß sagen, daß viele alte Steyrer sehr dankbar waren, daß sie sich unten im Parterre des Rathauses an Werndl erinnern konnten. Es waren viele, die Werndl und sein Wirken noch gekannt und mit großem Interesse diese Ausstellung verfolgt haben. Nur eines haben wir leider bemerken müssen, daß ausgerechnet am Todestag von Werndl die beim Denkmal angebrachte Beleuchtung ausgeschaltet war. Ich weiß es nicht, hat es sich hier um einen technischen Kurzschluß oder um einen Kurzschluß des Beleuchters gehandelt?

Parkanlagen haben wir auch x-mal besprochen. Darf ich Sie wiederum erinnern an das Wieserfeld. Es ist genau in so einer schlechten oder vielleicht noch schlechteren Verfassung wie wir es jetzt schon seit Jahren kennen.

Darf ich Sie weiters daran erinnern, daß ich mir schon zweimal erlaubt habe, einen Wunsch der Bevölkerung der Haratzmüllerstraße vorzubringen, nämlich den Ennskai für die Sommermonate für geruhsame und erholsame Spaziergänge herzurichten. Sie werden sich erinnern können, daß ich Ihnen gesagt habe, daß das doch eine kleine Arbeit ist. Man braucht nur das durch die Aufschüttungen des Hochwassers entstandene holprige Ufer etwas planieren und wir geben dadurch den Bewohnern dieses Stadtteiles, der über keine Parkanlagen verfügt, die Möglichkeit, in den heißen Monaten einen kleinen Spaziergang entlang der Enns zu machen.

Das wären die Probleme, die ich Ihnen in erster Linie vorzutragen habe. Wir können uns natürlich nicht mit allem befassen. Es gibt die vielen Kleinigkeiten und hier möchte ich auf eine Anregung des Kollegen Enge zurückkommen, die er, ich

glaube in der Budgetsitzung im Jahre 1963, hier gemacht hat. Wir wissen und hören es ja ununterbrochen, hier ist es eine verfallene Stiege, dort sind es eingestürzte Randsteine bei einem Trottoir, ein ausgeschwemmter Gehsteig, eine schlechte Beleuchtung usw., und immer wieder müssen wir feststellen, daß diese Kleinigkeiten, natürlich im Hinblick auf das Große gesehen, das in dieser Stadt geleistet wird, zurückgestellt werden, vielleicht auch zurückgestellt, weil man ja plant in absehbarer oder auch unabsehbarer Zeit dort eine Generalreparatur durchzuführen um das zu beseitigen. Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich Sie schon darauf besonders aufmerksam machen, große Probleme, der Bau einer Schule zum Beispiel, betrifft einen großen Teil der Bevölkerung. Es gibt aber immerhin viele Menschen, die keine Kinder haben und denen so eine Schule weiter nichts bedeutet. Das gleiche finden wir, sagen wir bei einem Sportplatz usw. Vergessen wir aber nicht, daß ein Bewohner, wenn er aus der Haustüre tritt und auf den Bürgersteig kommt und da immer bemerken muß, daß er dort vielleicht Gefahr läuft, sich den Fuß zu brechen, verärgert wird. Solche Verärgierungen, so Kleinigkeiten, sind unvermeidlich und treten immer wieder auf. Sie sind sozusagen die Mosaiksteinchen, die das große Gemälde der Unzufriedenheit ergeben und wir haben doch jetzt schon Erfahrungen gemacht, bzw. hat es in der letzten Zeit Erscheinungen gegeben, wo sich dann die Bevölkerung irgendein Ventil sucht. Ich wäre daher sehr interessiert, Herr Bürgermeister, wenn Sie den seinerzeitigen Vorschlag des Kollegen Enge, den ich mir gestatte heute aufzugreifen, in die Tat umsetzen könnten. Ich denke mir, das wäre hier eine direkte Verbindung zu Ihnen, Herr Bürgermeister und zur Magistratsdirektion. Es könnte auch in der Kanzlei des Bür-

germeisters ein sehr wendiger Beamter sofort diese Kleinigkeiten abstellen. Wir wissen der Apparat ist sehr kompliziert, um sich mit den verschiedenen Abteilungen wieder in Verbindung zu setzen usw. Hier sollen eben diese Kleinigkeiten blitzartig beseitigt werden, weil sie doch die Meinung der Bevölkerung hervorrufen, "na für alles habt ihr Geld, dort wird ein Riesen-Sportplatz gebaut und alles mögliche; das was für mich sozusagen die Haupt- und Staatsaktion bedeutet, dafür wollt ihr überhaupt kein Interesse aufbringen." Wollen wir nicht auf diese Art vielleicht irgendwelchen politischen Rattenfänger die Möglichkeit nehmen, hier unangenehm in Erscheinung zu treten.

Ich habe aber noch einen Vorschlag, Herr Bürgermeister, und ich habe schon x-mal gelesen, daß man damit in verschiedenen Städten gute Erfahrungen gesammelt hat. Es soll auch das das sogenannte Ventil des Bürgers sein, der sich dann mit der Stadt viel enger verbunden fühlt und auch das Gefühl dann hat, daß er mitarbeitet, - wie wäre es mit der Errichtung eines Beschwerdebriefkastens? Wir finden diesen schon in vielen Orten. Wir wissen, daß in diesen Briefkasten natürlich sehr viel hineingeworfen wird, was von überhaupt keiner Bedeutung ist, aber die Führung dieses Briefkastens würde uns die Möglichkeit schaffen, das Wesentliche herauszuholen und würde uns auch ein ganz interessantes Thema bei den verschiedenen Stadtsenatsitzungen sein. Die Beantwortung dieses Beschwerdebriefkastens im allgemeinen ist für die Stadt Steyr keine Schwierigkeit. Wir haben ja ein Amtsblatt, eine Zeitung, die wohl in allen Haushalten verbreitet ist und die zu lesen die Bewohner der Stadt geradezu erpicht sind. Wir würden uns ersparen, wie es sonst der Fall ist, auf Leserbriefe in Tageszeitungen zurückzu-

kommen, ich denke hier um ein Beispiel zu nennen, an die Oberösterreichischen Nachrichten, wo man immer eine Seite findet mit Leserbriefen, die dann immer wieder vom Bürgermeister, dem Präsidenten der Post- und Telegraphendirektion oder von der Generaldirektion der Bundesbahnen, je nach dem, um welche Behörde es sich handelt, behandelt werden. Wir würden hier mit der Bevölkerung tatsächlich einen direkten Kontakt gewinnen und die Bevölkerung würde auch meinen, daß sie tatsächlich mit der Stadt mitarbeitet. Eine Erscheinung, die wir heute allgemein sehen, ist, daß die Bevölkerung vielen Ereignissen vollkommen interessenlos gegenübersteht, die Arbeit allen anderen überläßt oder der Meinung ist, man darf entweder überhaupt nichts sagen und wenn man was sagt, hat es sowieso keinen Zweck. Ich glaube, daß gerade wir hier im Steyrer Gemeinderat nicht diese Meinung vertreten und allen Bürgern sehr dankbar sind, wenn sie uns Anregungen geben, um hier Abhilfe zu schaffen.

Wenn ich abschließend mir noch einige Worte erlauben darf, wenn wir Bilanz als ordentlicher Kaufmann ziehen, wenn wir alles schön säuberlich zusammenzählen, dann müssen wir doch gestehen, daß das Jahr 1964 tatsächlich, so wie es bereits der Herr Finanzreferent erwähnt hat, ein erfolgreiches war! Wir haben viel geleistet. Wir wollen es aber nicht verschweigen, daß aus den schon angeführten Gründen noch vieles unerfüllt geblieben ist. Die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie sich jetzt abzeichnet, birgt in sich keine Gefahrenmomente; unser Hauptbetrieb, die Steyrwerke, weist Vollbeschäftigung auf und das Rad wird sich weiterhin drehen.

Ich habe mir bei der letzten Budgetdebatte erlaubt, auf irgendwelche bedenklichen Erscheinungen hinzuweisen. Ich bin hier eigentlich nur

einer Aufforderung unseres Landeshauptmannes Dr. Gleißner nachgekommen, der sich mehr oder weniger gefürchtet hat vor dem Jahr, das als letzte Ziffer eine Vier hat. Es war das Jahr, das Erinnerungen wachrufen konnte und mußte an Ereignisse, die sich vor Jahrzehnten zugetragen hatten, die nicht nur die Stadt, nicht nur das Vaterland, sondern darüber hinaus Europa und die ganze Welt erschütterten und deren Folgeerscheinungen nur zu einem Meer von Blut und Tränen geführt haben. Wir wissen auch, daß zur Jahreswende unsere obersten Spitzen, unser Herr Bundespräsident Dr. Adolf Schärf und der Kardinal-Erzbischof von Wien, Dr. König, sich damals an die Bevölkerung gewandt haben und zur Vernunft aufgerufen haben, unnütze Ressentiments zu unterlassen. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß diesen Aufforderungen und diesen Bitten Rechnung getragen wurde, daß wir das gefährliche Jahr gut überbrückt haben, daß der innere Friede in unserer Heimat und auch in unserer Stadt gewahrt wurde. 1965 birgt diese Gefahrenmomente nicht. Wir werden Gedenkfeiern haben an Ereignisse, die sich vor 10 und vor 20 Jahren abgespielt haben, die Errichtung der zweiten Republik, der Abzug der Besatzungstruppen und, auch das möchte ich nicht unerwähnt lassen, die Zusammenarbeit der großen Parteien, die sich für die Entwicklung der zweiten Republik so günstig ausgewirkt hat.

Ich möchte meine Worte schließen so wie voriges Jahr und möchte vor allem denen herzlich danken, die ihre ganze Arbeitskraft, ihr Wissen und ihr Können, in den Dienst unserer Stadt Steyr gestellt haben, den Arbeitern, den Angestellten und den Beamten. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen an die Zeit zu erinnern, die uns in einigen Tagen bevorstehen wird. Wir sind ja heuer in der günstigen Lage, gleich

3 Feiertage zu feiern, sozusagen drei Tage dem süßen Nichtstun, aber auch der Erinnerung und des Gedenkens zu widmen.

Darf ich Ihnen, Herr Bürgermeister, und allen Damen und Herren des Gemeinderates, darüber hinaus aber auch allen Angestellten, den Beamten und Arbeitern des Magistrates, herzlich ein recht frohes Weihnachtsfest wünschen und ein recht glückliches Jahr 1965 bei bester Gesundheit und Zufriedenheit und zum Wohle unserer Stadt.

Die Österreichische Volkspartei wird dem Voranschlag für das Jahr 1965 natürlich ihre Zustimmung gewähren.

(Allgemeiner Applaus)

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Als nächster Diskussionsredner hat sich Herr Gemeinderat Watzböck gemeldet. Bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe mich in der bisher üblichen Form zum Wort gemeldet, da mir noch nichts bekannt war von der neuen lustigen Einführung, wonach man nicht mehr in der Sitzung sich zum Wort meldet, sondern Zettel hinterlegt, möglichst am Vortage, so man Gelegenheit dazu hat.

ZWISCHENRUF STADTRAT SCHACHINGER:

Stimmt nicht!

GEMEINDERAT ALFRED WATZBÖCK:

Es macht mir aber nichts aus. Es war mir bekannt, daß Kolle -

ge Schachinger eine ganze Reihe unserer alten Wünsche vorbringen wird wie zum Beispiel auch die Getränkesteuer - Angelegenheit. Ich möchte gleich diese Dinge behandeln, da sie ja nun schon einmal angeführt wurden.

Meine Fraktion hat im Jahre 1961 einen Antrag eingebracht, wonach man zumindest die alkoholfreien Getränke aus der Getränkesteuer ausnehmen möge, wenn es schon nicht möglich ist - ich muß hier fast die gleichen Worte bringen, die bereits gesagt wurden - die ganzen Getränke von der Getränkesteuer zu befreien, also auch die alkoholischen. Die Wünsche der Bevölkerung in dieser Beziehung sind uns wohl auch bekannt. Wir sind zwar nicht bedroht worden wie der Kollege Schachinger - er tut uns ja fast leid und wir müßten ihm nahezu einen Waffenpaß verschaffen - aber es wird schon immer wieder seitens der Gastwirte in dieser Richtung hin gedrängt. Wir haben dies seinerzeit auch im Zusammenhang mit dem Jugendschutzgesetz erwähnt, um den Jugendlichen einen Ansporn zu geben, eben alkoholfreie Getränke zu bevorzugen.

Das war der eine Punkt, der schon erwähnt wurde und ich ihn deshalb gleich fortsetzte. Der zweite betraf die Gewerbesteuer. Mein Vorredner hat auch in dieser Hinsicht gesprochen und zwar wegen der Zweckentfremdung der Gründe. Ich erinnere an die Gemeinderatsitzung vom 13. Oktober 1964, auf die hin sogar das Steyrer Lokalblatt erwähnt hat, daß durch die Anfrage eines FPÖ-Mandatars bekannt wurde, daß Pläne bestehen, diese Gründe den Steyrwerken zu geben, nachdem sie ja im Wert wesentlich gestiegen sind durch die Anlegung dieser schönen breiten Straße. Also auch das ist ein Anliegen von uns und wir haben seinerzeit deutlich Protest erhoben. Wenn die ÖVP-Fraktion das unterstützt, so sind wir ohne weiters damit einverstanden, nur hoffen wir, daß nicht wieder - als wir das letzte

Mal das vorgebracht haben, hat sich eine andere Fraktion angeschlossen und siehe da, in einer Zeitung hat man von holder Eintracht der FPÖ und der KPÖ gelesen - recht übertrieben wird, als in Eintracht mit der ÖVP. Ich glaube, man kann sich erinnern daran.

Ich möchte nun fortsetzen. Wenn ein Gesamtüberblick über das Budget gegeben wird in großer Sicht, so steht das ohne weiters dem Finanzreferenten in erster Linie zu. Wir haben mehr oder weniger die Aufgabe, die Wünsche und Ansichten aus der Sicht unserer Fraktion vorzubringen. Wir überlegen uns dann jährlich, was haben wir gewünscht, was haben wir vorgebracht, was haben wir erreicht, was haben wir nicht erreicht?

Wir haben wohl auch einiges erreicht. Man hat unsere Wünsche, die wir 1962 vorgetragen haben, so zum Beispiel in bezug auf Musikschule, soweit berücksichtigt, daß man im Laufe der Zeit dieses alte Gebäude adaptiert und saniert hat in vieler Hinsicht. Man hat weiterhin, nachdem wir nachgestoßen sind im Vorjahr, diese Dinge trotz dieser Sanierung, die anerkannter Weise durchgeführt wurde, nicht aus dem Auge zu lassen, nämlich die Neuerrichtung einer Musikschule, in dieser Hinsicht nun die Dinge vorwärts getrieben und wir nehmen zur Kenntnis, daß ein entsprechender Bau durch die Gemeinde aufgekauft wurde und darüber hinaus im Budget 1965 ein Betrag von 500 000 Schilling vorgesehen ist, wenn auch nur im außerordentlichen Haushalt, für die Unterbringung der Musikschule in diesen neuen Räumen.

Weiters wurden eine Reihe von Beleuchtungswünschen erfüllt.

Der Gewerbeförderung, die immer ein Hauptanliegen unserer Fraktion war, wurde dadurch entsprochen, daß man endlich daran gegangen ist, die Gründe die dafür vorgesehen sind,

aufzuschließen, was inzwischen weitgehend erledigt wurde.

Gehsteige am Arbeiterberg und in der Arbeiterstraße hatten wir im Vorjahr angeregt, da diese Straße für den Fußgängerverkehr wirklich sehr gefährlich ist. Das wurde jetzt auch in einem Aufwaschen erledigt, da der gesamte Arbeiterberg saniert wurde. Das sind die Dinge vor allem, die ich erwähnen möchte, die inzwischen durchgeführt wurden. Es ist dies natürlich das kürzere Kapitel.

Nicht erreicht haben wir, ich will das nur mehr streifen, denn ich möchte es nicht noch einmal in die Länge ziehen, die Brucknerplatzangelegenheit, weiters die Kriegergedenkstätte. Auch hier möchte ich verzichten, darauf näher einzugehen und nur dem Gedanken Ausdruck geben, der ja inzwischen auch ausgedrückt wurde und den ich in derselben Weise auszudrücken beabsichtigt habe, nämlich, daß man diese Gedenkstätte nicht irgendwo verschwinden läßt, sondern sie wirklich im Blickpunkt der Öffentlichkeit beläßt. Man muß dabei nicht so weit gehen wie es in Italien üblich ist, die ja bekanntlich chauvinistischer sind als wir, die an allen möglichen Plätzen riesige stark ins Auge fallende Denkmäler für alle möglichen Helden und auch für Einzelpersonen errichten, aber jedenfalls soll unseres nicht im Hintergrund errichtet werden. Wohin es kommen soll, darüber möchten wir uns nicht festlegen. Die eine Möglichkeit wäre, wie ja bereits angeschnitten wurde, beim alten Kriegerdenkmal. Es wäre aber auch die Möglichkeit dafür vorhanden zwischen den beiden Friedhöfen, dem Urnenfriedhof und dem anderen Friedhof. Das ist auch ein Platz, der im Blickpunkt der Öffentlichkeit ist.

Ich möchte dann noch einige ganz kleine Wünsche vorbringen und zwar zur Verschönerung des Stadtbildes. Das lehnt sich ja an die Brucknerplatzangelegenheit, die ja schließlich

und endlich auch eine Sache der Verschönerung ist. Und zwar möge die Hoffassade des Hotel Nagl saniert werden. Wenn man da vorbeigeht, alles ist schön eingerichtet, die neue Bücherei usw., aber der Hof ist in einem fürchterlichen Zustand. Man sieht das heraus bis auf den Gehsteig.

Weiters möge der Ennskai, auch das wurde schon erwähnt, besonders auf der rechten Seite, saniert werden. Es sind dort vorallem noch Schäden vom Feuerwerkher vorhanden, das die Steyrwerke veranstaltet haben, welche dann nicht entsprechend in Ordnung gebracht wurden. Die linke Seite ist wiederum von Gestrüpp usw. zu säubern, was auch drüben der Fall ist. Es ist richtig, daß sowohl die linke als auch die rechte Kaiseite, besonders die rechte, ideale Spazierwege sind. Ich muß also auch hier etwas wiederholen, was bereits gesagt wurde. Aber es ist auch unsere Ansicht.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Du tust ja abschreiben!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ja gegenseitig!
(Allgemeines Gelächter)

Ich bin ja nicht böse darüber, daß der Gemeinderat Schachinger das bringt und im Gemeinderat gibt es ja auch keine Fünf oder Nachsitzen für das Abschreiben. Das ist ja das Gute.

In bezug auf Straßenbau möge besonderes Augenmerk gerichtet werden auf die Gehsteige in Münichholz. Ich habe dort täglich beruflich zu tun und kann täglich beobachten, wie fast alles auf den Betonfahrwegen geht, aber am Gehsteig fast niemand. Also in Münichholz wäre das in erster Linie notwendig. Weiters möchte ich im Zusammenhang mit dem Straßen-

bau noch einmal kurz auf die Dukartstraße und Pacherstraße zurückkommen, was ich ja bereits anlässlich des Nachtragsvoranschlages erwähnt habe. Dieses Straßenstück wäre unserer Ansicht nach wohl wert, daß es vorgezogen würde und rechtsseitig saniert, was zwar kostenmäßig doch etwas ins Gewicht fällt, aber dann eine schöne Linie ergibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich einer Kritik Ausdruck geben, die an uns herangetragen wurde und der wir größtenteils zustimmen müssen. Es wurde der Knoten Ennsner Straße errichtet. Das ist geschehen unter ungeheurem Aufwand von Grund. Was dort an Grund für diese Einbiegung verbraucht wurde, das verschlägt einem einfach die Sprache, wenn man weiß, wie knapp der Grund heute ist und wie immer mehr Gründe ohnehin der Landwirtschaft usw. entzogen werden. Wir glauben und das wurde auch sehr oft von Seiten der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, daß das sehr einfach zu lösen gewesen wäre mit einem Kreisverkehr. Wir wissen, das ist ein Bundesvorhaben, eine Bundesplanung, aber letztenendes hat auch die Stadtgemeinde ganz bestimmt dareinzureden und wir glauben, daß da mindestens die Hälfte, wenn nicht mehr Grund eingespart werden hätte können und es vielleicht auch übersichtlicher gewesen wäre, denn diese wahn sinnigen Pfeile und Abweichungen usw. führen ja größtenteils doch immer nur zur Verwirrung der Verkehrsteilnehmer.

Ein weiteres kleines Anliegen, das nicht von uns stammt und schon jahrelang vorgebracht wird von einer anderen Fraktion - ich hoffe, daß da nicht wieder eine neue Koalitionsversior. auftaucht - Kollege Moser hat das vorgebracht und es ist richtig unserer Ansicht nach, Kleinabermeine, die Waldrandsiedlung, hat Anspruch auf Verlängerung des Autobusnetzes, auch wenn es nicht sehr rentabel ist, zumindest zu gewissen Zeiten, damit

nicht diese Leute von oben, wenn sie einkaufen gehen, mit der Einkaufstasche diesen langen Weg herunter- und dann wieder hinaufhatschen müssen. Es wohnen immerhin genug Leute oben, daß man zumindest einen oder zwei Autobusse an Donnerstagen und Samstagen einführen könnte. Wenn man den Willen dazu hat, so läßt sich das ohneweiters durchführen. Das gleiche gilt bezüglich Telefon. Auch das stammt nicht von uns, aber wir möchten es betonen, weil wir uns selbst auch wundern, daß dieses Anliegen einfach nicht erfüllt wird. Auch hier wird immer gesagt, es ist dies nicht: Angelegenheit der Stadt, sondern der Post. Na ich glaube, die Spitzen unserer Stadt verstehen es sehr oft, ihre Wünsche und Ansichten durchzusetzen, auch bei höheren Stellen und man kann das doch auch einmal hier machen.

Ein weiteres kleines Anliegen ist die Errichtung einer Münztoilette am Tabor und zwar in der Friedhofsgegend. Ich glaube, daß sich das rentieren würde und die Erhaltungskosten wären durch einen Münzautomaten irgendwie begrenzt, weil Mißbrauch weitgehendst ausgeschaltet wäre. Das wären so kleine Anliegen.

Größere Wünsche sind schon erwähnt worden und ich möchte auch hier nicht noch einmal länger darauf eingehen. Was Kollege Schachinger vorher erwähnt hat, möchte auch ich hier noch einmal erwähnen und zwar den Taboraufzug. Es ist mir völlig neu, was ich da heute gehört habe nämlich daß ein Junktim bestanden hätte zwischen Tabor und Ennsleite. Ich habe nie etwas davon gehört. Das müssen wirklich nur ein paar superseparatistische Leute gewesen sein, die sogar den Taborianern, die ein paar Meter höher sind, in einer so winzigen Stadt neiden, wenn sie einen Aufzug bekommen. Mir war davon nichts bekannt. Das ist mir völlig neu, obwohl ich auf der Ennsleite

wohne.

ZWISCHENRUF STADTRAT SCHA-
CHINGER:

Da sind Sie schlecht informiert!

GEMEINDERAT ALFRED WAT-
ZENBÖCK:

Schlecht informiert von solchen Leuten jedenfalls, die Superseparatisten sind.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAU-
MAN:

Du hast ja auch gerauft um den Arbeiterberg, oder nicht?

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Für den Arbeiterberg ja, aber das hat mit dem Tabor bzw. mit dem Taboraufzug nichts zu tun.

Da ich nun schon einmal zu den größeren Dingen komme, möchte ich auch das Thema Schlachthof erwähnen. Wer sich die Kanaleinflüsse an der Enns ansieht, auf der linken Seite, der weiß, daß es sehr nützlich wäre, in Steyr einen Schlachthof zu errichten. Die Fleischer können nichts dafür, irgendwo müssen sie ja das Zeug hinwerfen oder reinschupfen. Ich möchte mich hier nicht weiter verbreitern, sondern die Sache nur in Erinnerung bringen. Ich möchte auch nicht sagen, wohin dieser Schlachthof kommen soll, das ist eine andere Angelegenheit. Vielleicht aber wäre in Münichholz-Hinterberg, nachdem dort sowieso eine Gewerbezone ist, der richtige Platz dafür.

Das nächste Thema, das wir im Vorjahr schon angeschnitten haben, ist die Markthalle. Bitte auch dazu nur eine Erinnerung. Ich weiß, daß nicht alles auf einmal gemacht werden kann.

Das nächste, auch ein größeres

Projekt, ist ein Hallenbad. Seitens des Herrn Kollegen Enge wurde darauf immer wieder in der gleichen Art geantwortet - ob richtig oder nicht richtig, da gehen die Ansichten auseinander - daß sich so ein Hallenbad nicht rentieren würde in Steyr. Nun ich glaube aber, daß es für einen Schwimmklub zum Beispiel ein großer Vorteil wäre, wenn auch im Winter trainiert werden könnte und schwimmen ist bekanntlich eine Sportart, die nicht nur junge Menschen betreiben können, sondern die sich sehr weit hinaufzieht in die höheren Jahrgänge und dabei äußerst gesund ist. Mir ist jetzt zu Ohren gekommen, daß hier im Gemeinderat eine Reihe von Meisterschwimmern vorhanden sind, also wäre das ja kein Problem, so ein Hallenbad zu forcieren. Wir haben hier einen Bericht über die Goldmedaillen für Bürgermeister Fellinger, Nationalrat Enge, Landtagsabgeordneten Schmidl.

(Lautes Gelächter)

.... Stadtrat Baumann, Gemeinderat Heigl, Gemeinderat Zöchling, Gemeinderat Knogler usw.

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:
Das ist Spionage!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Von den Tagesblättern: Lechner (O. S. Nachrichten) - Moser (Tagblatt) - Baumann (Neue Zeit).

Also es ist alles drinnen und man müßte eigentlich die Halle sehr schnell durchbringen. Vielleicht können dann, wenn das durchgesetzt wird, die die jetzt leer ausgehen, auch an diesem Medaillenregen teilnehmen und dann vielleicht eine Silberne, Goldene oder eine mit Brillanten bekommen. Vielleicht werden sie dies dann durchsetzen. Das wäre auf jeden Fall sehr lohnend. Für die Medaillen muß man

ja auch etwas tun.

ZWISCHENRUF
GEMEINDERAT HEIGL:

Wenn Du das Geld aufbringst!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Kurz noch zur Vergabep Praxis. Wir haben in dieser Richtung schon mehrmals Kritik geübt und stellen nochmals hier in diesem Rahmen fest: Vergaben nur an Ortsansässige, wenn es einigermaßen möglich ist, ansonsten an Bestbieter. Wir sind ja kein Privatbetrieb, sondern verwalten Steuergelder und müssen in dieser Hinsicht nur nach diesen Kriterien gehen und keinerlei parteimäßige Ansichten vertreten.

Subventionen - ein Kapitel das ja immer größer wird. In jedem Jahr fällt es einem neuen Verein ein, um Subventionen anzusuchen und es bilden sich auch jedes Jahr ein dutzend neuer Vereine, wir haben jetzt schon einige Tausend in Österreich, glaube ich. Auch hier möge man die Subventionen nicht nach der Stärke der Partei, die daran interessiert ist, vergeben, sondern nach der Mitgliederstärke der einzelnen Vereine und Organisationen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Da bekommen wir aber noch viel!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Nein, da würden so manche Vereine nachweisen müssen, wieviel aktive Mitglieder sie wirklich haben, nicht nur in den Prospekten.

ZWISCHENRUF STADTRAT BESEN-
DORFER:

Und die illegalen Vereinsmit-
glieder!

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Es gibt manche Vereine, hinter
denen keine große Partei steht, die
aber wesentlich mehr aktive Beteilig-
te haben.

ZWISCHENRUF STADTRAT BESEN-
DORFER:

Können Sie das beweisen?

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Wir können das beweisen!
Ebenso eine Kritik, die wir im
Vorjahr schon anklingen ließen, be-
trifft den Wirtschaftshof. Der Wirt-
schaftshof ist stark in Anspruch ge-
nommen, sagt man immer und man
habe Mangel an Arbeitern. Es ist mög-
lich. Wir wundern uns daher immer
wieder, wie oft Leute vom Wirtschafts-
hof beteiligt sind beim Aufstellen von
Masten, Tafeln und Transparenten,
zum Beispiel für den 1. Mai: - SPÖ -
Wählt SPÖ! - usw. Wir haben am 8.
Mai 1964, 14, 30 Uhr, auch festgestellt
- das ist auch wieder Spionage - daß
auf dem Platz des Radsportvereines
ARBÖ durch Arbeiter des Wirtschafts-
hofes, durch Wegmacher, Asphalt oder
Sand abgeladen wurde. Das ist gesehen
worden, nicht von uns, sondern die
Bevölkerung hat es uns zugetragen.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAU-
MANN:

Wir bezahlen es auch!

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Ja ich warte darauf, daß man

sagt, es wurde ja bezahlt. Wir ha-
ben nie eine Abrechnung gesehen,
aber mag sein. Wir wollen es nicht
bestreiten, daß sie dafür bezahlt ha-
ben. Wir sind aber der Ansicht, daß
der Wirtschaftshof nicht dazu da ist,
diese Dinge zu erledigen. Wir ver-
wahren uns dagegen, daß die Gemein-
deeinrichtungen für eine Partei ver-
wendet werden, wie wir das jahrelang
schon beobachten.

Abschließend möchte ich noch
erwähnen und wünschen, daß die An-
liegen, die heuer wiederum nicht be-
rücksichtigt werden konnten, die wir
schon jahrelang vorbringen und nicht
nur wir, vielleicht doch noch zum Zu-
ge kommen im Verlaufe des Jahres,
wenn die Entwicklung weiterhin so gut
verläuft wie im Jahre 1964 dies der
Fall war.

Das wollen wir hoffen und in die-
sem Sinne beschließe ich meine Aus-
führungen zum Budget!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Als nächster Diskussionsredner
kommt Gemeinderat Schmidberger und
dann Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMID-
BERGER:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Im Zusammenhang mit dem Vor-
anschlag möchte ich eingehend fest-
stellen, daß ich den Voranschlag erst
gestern zugesandt erhalten und prak-
tisch nur einen Abend zum Studium die-
ses Voranschlages gehabt habe. Daß
man natürlich an einem Abend, wenn
man tagsüber berufstätig ist, nicht die
Möglichkeit hat, einen 145 Seiten star-
ken Voranschlag dementsprechend zu
studieren, ist natürlich selbstver-
ständlich.

Ich möchte mich daher auf einige
Wünsche und Probleme, die ich schon
seit Jahren gefordert habe und von de-

nen vorhin sogar Gemeinderat Watzenböck Gebrauch gemacht hat, beschränken. Es ist dies der Autobusverkehr nach Kleinbermeir, vorallem an Donnerstagen und Samstagen.

Eine weitere Sache, die ihm wahrscheinlich entfallen ist, sonst hätte vielleicht auch diese Gemeinderat Watzenböck gesagt, ist die Sache, die ich ja in einer der letzten Gemeinderatsitzungen bei Budgetberatungen betont habe, daß es notwendig wäre, auf der Ennsleite eine Apotheke zu errichten, damit die Bewohner der Ennsleite nicht so weit herunter müssen, wenn der Arzt irgend etwas vorschreibt und es eine dringende Angelegenheit ist. Es ist natürlich klar, daß das nicht allein eine Gemeindeangelegenheit sein kann, daß es aber möglich sein müßte, durch den Einfluß der Gemeinde auf der Ennsleite tatsächlich für die Bevölkerung, für die arbeitende Bevölkerung, eine Apotheke zu errichten.

Unser Finanzreferent hat erwähnt, daß das kommende Finanzausgleichsgesetz verschiedene Härten in sich birgt und dadurch eine Reihe von Problemen natürlich in Frage gestellt werden könnten. Ich glaube, es ist meistens so, daß gerade bei den Dingen am meisten gespart wird, die eben die breite Masse der Bevölkerung dringend braucht und nötig hat. Man hat ja heute gesehen, daß eine ganze Reihe von Problemen und Vorschlägen gebracht wurden und trotzdem gehen wir manchmal an Dingen vorbei, die wir wirklich in Steyr nötig hätten. Ich denke da an zwei Gebiete, an das Gebiet der Ennsleite und an das Gebiet des Tabors. In beiden Gebieten ist die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren sehr stark gestiegen und es wohnen dort nebenbei bemerkt sehr viele junge Menschen. Da gibt es natürlich auch viele Kleinkinder und hier ist ein Problem, das scheinbar auch einer Lösung bedarf. Ich konnte mich unlängst, vor einigen Wochen,

mit einer Reihe von Leuten unterhalten, die mir erzählt haben, daß man direkt Protektion haben muß um ein Kind im Kindergarten Tabor oder Ennsleite unterzubringen. Gerade, da der Kindergarten eine bestimmte Aufgabe hat, in Verbindung mit den Lehrkörpern die Kleinkinder vorzubereiten für die Schule, so glaube ich, müssen wir auch, die Gemeinde, unser Augenmerk darauf richten, daß für ein so großes Gebiet wie es die Ennsleite oder der Tabor ist, ein Kindergarten nicht mehr genügt, daß wir zusätzliche Kindergärten schaffen müssen. Das ist meiner Ansicht nach tatsächlich eine dringende Angelegenheit.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:

Es sind eh zwei oben, der eine ist Dir entgangen, Schmidberger!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Trotzdem besteht ein Mangel an Plätzen und es ist Tatsache, daß es am Tabor genau so ist wie auf der Ennsleite und wenn da nicht zusätzlich mehr getan wird, so glaube ich, ist diesem Problem nicht abzuhelfen.

Was ich begrüßen möchte, das sind die Ausführungen des Finanzreferenten in der Frage zur Haltung des Städtebundes zum Finanzausgleichsgesetz. Ich glaube, wenn wir annehmen dürfen, daß der Städtebund eine sehr energische Haltung einnimmt zu diesen Verschlechterungen, die dieses neue Finanzgesetz bringen wird für die Industriegemeinden, so hat auch die arbeitende Bevölkerung von Steyr Interesse daran, daß es zu keinem Finanzausgleichsgesetz kommt, das Härten bringt, denn wir wissen aus Erfahrung, daß dann immer die Wünsche der arbeitenden Bevölkerung in erster Linie zurückgestellt werden.

Im übrigen gebe ich meine Zustimmung zum vorliegenden Voranschlag, mit Ausnahme des Kostenbeitrages für die Bundespolizei, da ich der Ansicht bin, daß da der Bund dafür zuständig ist und er auch dafür zuständig sein sollte, seinen eigenen Körper in Steyr zu erhalten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke! Herr Gemeinderat Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER :
Sehr geehrter Gemeinderat!

Anlässlich der Weihnachtsfeier der Pensionisten der Steyrwerke erklärte dort Herr Werkdirektor Alfred Baumgartner, daß 1964 das Jahr wirtschaftlicher Erfolge sei. Er zeigte gleichzeitig günstige Perspektiven bezüglich Auftragsbestände für das kommende Jahr 1965 auf. Er verwies auf Verhandlungen über die Beteiligung der Steyr-Daimler-Puch AG an internationalen Projekten, die, wenn es zu einem Abschluß kommen sollte, für die Steyrwerke große Möglichkeiten für die Zukunft ergeben würden, vorallem könnte die Zahl der Beschäftigten wieder gesteigert werden. Das ist sehr erfreulich für das Werk, erfreulich für Arbeiter und Angestellte, aber auch erfreulich für die Gemeinde.

Was mich stört an diesen Ankündigungen des Herrn Direktors ist, daß er dort auch erwähnt hat, daß langfristige Aufträge aus dem Ausland den Export von Gewehren sichern. Gewehre und Waffen ähnlicher Art werden ja doch meistens nur verwendet im Kampf gegen die um ihre Freiheit ringenden Völker oder gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter. Es würde uns natürlich mehr freuen, wenn Friedensprodukte anstelle der Gewehre geliefert werden könnten. Warum ich

diese Ausführungen des Herrn Direktor Baumgartner hier zitiere, ist nicht schwer zu erraten: Wir wissen alle und unser Herr Finanzreferent hat auch immer darauf verwiesen, heute zwar nicht, da er ja doch einen etwas optimistischeren Abschluß und Vorblick gehabt hat, daß das wirtschaftliche Wohl und Wehe der Steyrer Gemeinde vom Auftragsbestand der Steyrwerke abhängig ist. Wenn sich in dieser angekündigten Form günstige Perspektiven zeigen und auch festgestellt wird, daß das Jahr 1964 ein Erfolgjahr der Wirtschaft war, so glaube ich, muß sich das ja auch auf die Gemeinde auswirken. Wenn wir uns aber den Voranschlag anschauen, der vor uns liegt, so muß ich doch wiederholen, was vorher Herr Stadtrat Schachinger gesagt hat indem er seine vorjährigen Ausführungen zitierte, wo er gesagt hat, unser Voranschlag zeigt Jahr für Jahr eine gewisse Erstarrung und er ist im vorigen Jahr mit verschiedenen Plänen und Projekten gekommen, um aus dieser Erstarrung sozusagen herauszukommen und erklärt sich heute als bekehrt. Er sieht ein, daß Voranschläge und die Planung unserer Arbeiten in der Gemeinde Steyr wie sie bisher geführt wurden, richtig seien.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Das mit der Erstarrung bleibt nach wie vor aufrecht. Man kann das nicht bestreiten. Ich habe schon früher gesagt, ich bin kein Freund von Schuldenmachen, auch nicht öffentlicher Körperschaften. Wenn man manchmal den Haushalt der Gemeinde Wien studiert, mit welcher Kühnheit sie immer wieder neue Projekte schaffen, dann muß der Finanzreferent aus einem anderen Holz sein als es unser Steyrer Referent ist. Die stürzen sich kühn in Schulden, während wir hier genau einteilen, was möglich ist, was sind die Einnahmen und was können wir ausgeben. Und doch, glaube ich, das heutige Budget

liegt noch im Zeichen der Konjunktur, steht im Zeichen weiterer Konjunktur soweit es die Herren der sogenannten Wirtschaft angekündigt haben und ich glaube, da müßte man doch etwas mehr Mut auch aufbringen, um Projekte zu schaffen, die der Notwendigkeit einer Stadt entsprechen, auch wenn sie, ich bleibe dabei, sagen wir nicht von dieser Generation allein bezahlt werden können. Eines ist Tatsache, daß Steyr sowohl gegen Wels als auch gegen Linz - bitte Linz als Landeshauptstadt hat andere Voraussetzungen und der Vergleich ist vielleicht nicht so günstig - aber jedenfalls gegen Wels zurückgeblieben ist in der ganzen Entwicklung, bevölkerungsmäßig, bezüglich Bauten die aufgeführt werden usw. Ich glaube, es ist sicher schön und auch bestimmt eine nützliche Eigenschaft wirtschaftlich vorzugehen, wir haben das auch Jahr für Jahr anerkannt und die Sprecher jeder Fraktion haben dem Finanzreferenten das Kompliment gemacht, daß er sparsam und vorsorglich plant und wirtschaftet. Aber ich glaube, man erwartet von einem Finanzreferenten auch, daß er doch etwas kühner an die Aufgaben der Zukunft herangeht, noch dazu wenn, unbestritten zum Großteil durch seine eigenen Verdienste der bisherigen vorsichtigen Dotierung und Planung, das Budget ausgeglichen ist. Aber wie gesagt, ich bin der Meinung, man muß doch den Mut haben, auch darüber hinaus zu gehen. Der Finanzreferent hat uns schon in seinen Ausführungen verschiedenes vorweggenommen, nicht nur die kleinen Wünsche, die heute von den Sprechern aller Fraktionen vorgetragen worden sind, und wenn sich die Wünsche der einzelnen Sprecher treffen, so ist das nur ein gutes Zeichen glaube ich, weil es zeigt, daß die Bevölkerung mit allen Fraktionen in Verbindung steht und immer wieder auf die Erfüllung dieser Kleinigkeiten drängt. Ein etwas schlech-

tes Zeichen ist es für die entscheidende Mehrheit im Hause hier, weil sie trotz jahrelangen Vorbringens dieser Wünsche sie nicht berücksichtigt hat. Wenn der Herr Finanzreferent sowie der Herr Bürgermeister erklärt haben, das kommt natürlich daher, weil man im engeren Beratungskreis überlegt und abwägt, welche Vorhaben sind die dringendsten? Na, man möge mir nichts erzählen - ich habe mir zur Gewohnheit gemacht, vor Budgetberatungen wenn es geht, 10 Jahre zurück die Protokolle zu studieren, was gesagt wurde, was gefordert wurde und was erfüllt wurde - wenn man dann darauf verweisen kann, daß es mindestens 5 Jahre dauert, mindestens, manchmal sogar länger bis ein Vorhaben verwirklicht wird. Ich habe im vergangenen Jahr von meinem siebenjährigen Krieg gesprochen, den ich führen mußte, bis endlich die Fußsteige und die Verbreiterung der Haratzmüllerstraße beim Pumpwerk hergestellt wurden, obwohl viele dadurch zu Krüppeln wurden und ihr Leben lassen mußten, weil diese Sache einfach nicht früher erledigt wurde. Ich bin schon der Meinung, daß gerade diese vielen kleinen Wünsche, die die Sprecher heute alle - es ist mir egal ob von dieser oder jener Partei oder Fraktion - vorgebracht haben, erfüllt werden sollen. Ich wiederhole auch, es sind wiederum Bewohner von Kleinabernmeir an mich herangetreten, mit jenen Wünschen, die auch Kollege Watzenböck schon geäußert hat. Es ist zwar schon ein kleiner Schritt vorwärts zu verzeichnen, denn der Finanzreferent hat angekündigt, daß eine Autobuslinie auf die Ennsleite geschaffen werden soll. Die Ennsleite ist natürlich bevölkerungsdichter als Kleinabernmeir, aber ich bin doch der Meinung, daß man den Autobus weiterführen müßte nach Kleinabernmeir, auch wenn es nicht sehr rentabel ist und ich frage, hat man es überhaupt schon überprüft, ob es rentabel

ist, den Autobusverkehr auf die Enns-
leite - Kleinabermeir usw. - zweimal
in der Woche durchzuführen? Dasselbe
ist die Fortführung des Autobusses von
Münichholz nicht nur bis zur Johannes-
gasse, sondern bis zum Stadtplatz.
Kollege Enge hat da seinerzeit unserer
Fraktion erwidert, daß das wegen der
Enge nicht gut möglich ist. Wir ken-
nen alle die enge Passage, die die
Straße darstellt, aber ich weise darauf
hin, daß fremde Autobusse durchfah-
ren, daß jeder Autobus, der von Linz
kommt durchfährt. Warum soll da nicht
auch der Autobus der von Münichholz
kommt bis zum Stadtplatz fahren kön-
nen? Es trifft jedenfalls viele ältere
Leute, die sich den Weg von der Jo-
hannesgasse zum Stadtplatz damit ers-
paren könnten. Ich glaube kaum, daß
dies eine Mehrbelastung für den Ver-
kehr der Städtischen Unternehmungen
darstellt.

Ich möchte auch darauf verwei-
sen, daß für den Haushaltsplan, der
uns diesmal vorliegt infolge der gün-
stigen Perspektiven gar kein Zweifel
besteht, daß er am Ende des Jahres
wieder als ausgeglichen erscheinen
wird. Deshalb bin ich der Meinung,
daß die vorgebrachten kleineren Wün-
sche der Bevölkerung wirklich durch-
geführt werden sollen und es nicht ab-
hängig sein soll vom Präsidium des
Magistrates oder vom Bauamt, ob sie
als vordringlich erscheinen oder nicht.
Ich glaube, jede Gemeindeverwaltung
soll doch den Puls an der Bevölkerung
haben und ihre Wünsche, die sie jah-
relang vorbringt, auch wirklich ber-
ücksichtigen, weil alle diese klei-
nen Wünsche doch kein Vermögen kos-
ten, aber immer wieder Ärger in
der Bevölkerung hervorrufen, wenn
sie nicht berücksichtigt werden.

Ich möchte nun zum Kapitel
Wohnbau einiges sagen: Wir haben
so wie in den vergangenen Jahren
auch diesmal wieder 9 Millionen
Schilling für den Wohnhausbau ein-
gesetzt. Ich bin der Meinung, hier

müßte man einen Schritt weiterge-
hen. Infolge der günstigen Gestal-
tung und Entwicklung der Wirtschaft
müßte man hier schon etwas mehr
einsetzen als diese 9 Millionen Schil-
ling. Ich weiß, wenn man viele Jahre
im Gemeinderat tätig ist, kennt man
sozusagen Jahr für Jahr die Wünsche,
die von den Fraktionen vorgebracht
werden. Man kennt aber auch in den
meisten Fällen die Antworten, die
vom Finanzreferenten oder vom Herrn
Bürgermeister gegeben werden. Wir
sollen aber nicht vergessen, daß wir
in einer Zeit der raschen Entwicklung
leben, daß eine Antwort, eine Argu-
mentation, die vor 5 Jahren vielleicht
noch berechtigt war, heute durch die
Entwicklung überholt ist und daß die
Argumente, die gewissermaßen dar-
legen sollen, daß der vorgebrachte
Wunsch nicht durchführbar ist, heu-
te durch die Entwicklung vielfach über-
holt sind. Wir sind uns alle darüber
klar, daß wir das Problem Wohnungs-
wesen nicht hundertprozentig lösen
können. Aber gerade für diese Sache,
die doch an der Spitze aller Bedürf-
nisse steht - junge Menschen wach-
sen heran, gründen einen Hausstand
usw. - müßte man im weitgehendsten
Maße Sorge tragen, im äußersten Ma-
ße, was das Budget erträgt sozusa-
gen.

Wenn Stadtrat Schachinger vor-
her erklärt hat, daß man bei Betrach-
tung des Wohnungssystems, des Wohn-
baues usw., feststellen kann, daß eine
gewisse Abwanderung von den Altwoh-
nungen der Innenstadt usw. vor sich
geht und in den äußeren Wohngebie-
ten, in den neuen Wohnbezirken, sich
die Siedlung vergrößert, so ist das na-
turgemäß. Wenn er dann bedauert, daß
immer mehr leerstehende Wohnungen
sich bemerkbar machen, die dem Woh-
nungsmarkt ja verloren gehen, so hat
er grundsätzlich damit recht. Wo er
nicht recht hat, ist meiner Meinung
nach, wie er sich die Lösung vor-
stellt. Ich möchte es in Erinnerung

bringen: Es hat seinerzeit ein Wohnungsanforderungsgesetz gegeben und da hat die Gemeinde das Verfügungsrecht gehabt, wenn Wohnungen leer gestanden sind, sie anzufordern. Dieses Wohnungsanforderungsgesetz ist leider mit Zustimmung beider Regierungsparteien aufgehoben worden. Es ist dann allerdings vom Sozialminister Proksch später die sogenannte "Lex Proksch" veröffentlicht worden, wo ein neues Wohnungsanforderungsgesetz geschaffen werden sollte. Das ist aber nicht zustande gekommen. Ich bringe es gerade der Gemeinderatsmehrheit, den sozialistischen Vertretern insbesondere, aber ich appelliere auch an die Arbeiter und Angestellten des ÖAAB, auch sie sind Arbeiter und sie können sich nicht damit einverstanden erklären, wenn ihre Regierungsmänner diese große Wohnungsnot zu wenig berücksichtigen. Wenn da oben bei den Regierungsleuten der beiden Regierungsparteien Verständnis gefunden wird, dann könnte auch die Wohnungsnot besser gelöst werden. Ich erinnere daran, daß vor den Wahlen beide Regierungsparteien versprochen haben, jährlich 50 000 Wohnungen zu bauen. Beide Regierungsparteien haben bisher ihre Versprechungen nicht eingehalten. Es sind im vergangenen Jahr nur 35 000 oder 40 000 Wohnungen gebaut worden und wenn vor ungefähr 8 Tagen das Sozialistische Tagblatt wieder geschrieben hat, "Verheißungsvolle Hoffnung für das kommende Jahr, daß ein erhöhter Wohnbau durchgeführt werden soll", so möchte ich ruhig sagen, erweckt keine falschen Hoffnungen, denn sie werden ja leider, soweit wir die Regierungsparteien kennen, doch wieder nicht erfüllt. Ich bin der Auffassung, man müßte ruhig überlegen und für den Wohnbau in Steyr eine höhere Summe als die 9 Millionen einsetzen. Besonders aber glaube ich, müßte gerade Steyr als Arbeiterstadt immer

wieder bedacht sein, einen Wohnbau durchzuführen für sozial schwächere Menschen. Es war dies in der Vergangenheit wiederholt der Fall. Für die Zukunft aber: sehe ich - bitte ich lasse mich belehren, wenn dies doch der Fall sein soll - in diesem Vorschlag keine Post, die einen sozialen Wohnbau vorsieht.

Ich möchte das Kapitel Wohnbau nicht abschließen, ohne darauf zu verweisen, daß wir in Steyr noch sehr konservativ bauen. Ich habe auch in den vergangenen Jahren darauf verwiesen und bin der Meinung, daß unser Bauamt, das doch über eine Anzahl von Architekten, Ingenieure, Baumeister, Techniker usw. verfügt, bisher sich zu wenig angestrengt hat, um neue Methoden des Bauens, um billigeres und doch wertvolles Material, das heute auf den Baumarkt kommt und von sicher anerkannten Fachleuten als gut, tauglich und benützlich, gewertet wird, zu finden. Ich muß immer wieder feststellen, daß man sich hier in Steyr absolut nicht bemüht, davon Gebrauch zu machen oder auch nur den Versuch mit dem einen oder anderen Bau zu unternehmen. Steyr baut teuer, so wie Österreich überhaupt teuer baut. Internationale Statistiken beweisen, daß Österreich in der Erstellung von Wohnbauten, was die Kosten anlangt, an erster Stelle steht und was die Löhne und Verdienste anlangt, Herr Kollege Stadtrat Schachinger, an letzter Stelle. Sie haben erst von einem gewissen Wohlstand gesprochen, von einem hohen Lebensstandard der österreichischen Arbeiter, der sich dem Standard des Westens nähert. Erstens bin ich der Meinung, daß wir zum Westen gehören, das wird ja gerade von Eurer Fraktion besonders betont; auch ich bin der Meinung, daß wir dazu gehören. Ich möchte hier aus einer bürgerlichen Zeitung einige Sätze zitieren bezüglich des Lebensstandards des sogenannten

Westens, von dem auch der Sozialminister Proksch wiederholt den Arbeitern versprochen hat, daß der Gewerkschaftsbund dafür kämpfen wird, den Lebensstandard der westlichen Arbeiter zu erreichen, von dem wir noch weit entfernt sind. Es wird hier gesprochen von der steten Abwanderung qualifizierter Arbeiter aus Österreich. Das beginnt beim Hochschulprofessor und endet beim Professionisten und Facharbeiter. Die Ursache davon ist die zu geringe Entlohnung des österreichischen Menschen, wenn ich alle arbeitenden Menschen zusammenfasse.

Hier heißt es nun: "Zieht man aus dem Einkommen" - ich möchte ein nicht zu langes Kapitel, sondern nur das was prägnant ist, hervorheben - "Gehältern, Löhnen und Pensionen von 5 Ländern: Amerika, Schweden, Schweiz, Westdeutschland und Österreich, den Durchschnitt, so ergibt sich, daß Österreich, was die Verdienstchancen betrifft, eindeutig an letzter Stelle liegt." Es lautet nämlich die Durchschnittszahl für das Jahr 1963: USA 65 270 S, Schweden 46 650 S, Schweiz 43 650 S, Westdeutschland 32 420 S und Österreich 21 130 S. Wo bleibt da der hohe Lebensstandard, der dem Westen angepaßt wäre? Ich meine, das sind Dinge die leider der Wahrheit entsprechen. Die österreichischen Arbeiter würden es sicher freudig begrüßen, wenn sie sich nur dem Durchschnitt dieser hier genannten westlichen Löhne angleichen könnten. Ich glaube es hat ja hier ein Forum stattgefunden von jungen Menschen, eine Sache die sehr zu begrüßen ist, wenn sie durchgeführt wird und zum demokratischen Denken erzieht und dadurch Interesse für Kommunalarbeit erweckt wird. Selbst diese jungen Menschen haben verschiedene Mängel usw. aufgezeigt und es ist interessant, daß es ihnen auffällt und wenn ich nicht irre, wurde auch davon

gesprochen, warum man in Steyr nicht den Versuch unternimmt, mit den sogenannten Fertigbauteilen einmal einen Wohnbau zu erstellen. Dies wird ja in der Nachbarstadt Linz auch schon durchgeführt. Die WAG hat ja schon solche Bauten aufgeführt. Warum soll man nicht auch in Steyr so einen Versuch machen? Ich habe schon vorher gesagt, daß die Baukosten in Österreich an und für sich die höchsten sind und die Löhne der Arbeiter die niedrigsten. Wo liegt da die Ursache? Es wäre wert, daß sich gerade Baufachleute und Verwaltungsmenschen damit beschäftigen würden, die Ursachen zu ergründen.

Zur Fertigstellung der Wohnungen möchte ich noch folgendes sagen: Wir können im letzten Jahr feststellen, daß sich die Fertigstellung unserer Wohnbauten immer mehr hinauszieht und verlängert, daß sich das Beziehen und Vergeben der Wohnungen sozusagen allmählich verschiebt, so daß uns faktisch ein Baujahr damit verlorenght und damit auch verlorenght die Zuweisung von neuen Wohnungen. Das muß man feststellen und erinnern wir uns doch, daß nun die Vergabe von Wohnungen stattfindet - die Sitzung findet erst nach Neujahr statt - die schon längst fertiggestellt sein sollten und deren Fertigstellung erst jetzt erfolgte. Wir sehen erfreulicherweise in der neuen Amtszeitung, daß ein Neubau von 120 Wohneinheiten zu beziehen sein wird, glaube ich. Aber trotz alledem müssen wir feststellen, es geht uns ein Jahr verloren. Die Gemeinde mag sich möglicherweise dabei etwas ersparen. Für die Deckung der Wohnungsnot und für die Wohnungssuchenden ist es keine erfreuliche Tatsache. Auch das muß man sehen und hier glaube ich, liegt schon bis zu einem gewissen Grad ein Verschulden auch beim Bauamt. Man müßte, glaube ich, auch eines durchführen - man hat doch Architekten zur Bauüberwachung und diese Herren kosten nicht wenig Geld,

aber da überwacht scheinbar einer den anderen - soweit es auch dem einen oder anderen Baumeister bitter erscheinen mag, die Gemeinde müßte sich bei der Vergabe von Bauten natürlich wirklich leistungsfähiger Firmen bedienen, nicht kleiner Baumeister, die einfach nicht in der Lage sind, einen großen Bau zu übernehmen. Das glaube ich, ist unbedingt...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HOLZINGER:

Herr Moser, bauen tut nicht der Baumeister, sondern bauen tun die Arbeiter und die Bauarbeiter sind weit-aus zu wenig!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja, aber wenn wir zu wenig Bauarbeiter haben - bitte, daß ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, wissen wir, ich gehe ja auch mit offenen Augen durch die Stadt und sehe mir das Leben und sehe mir auch diese Arbeiten an, aber wenn man schon davon spricht, so möchte ich erwähnen, daß ich schon einmal den Vorschlag auf Reduzierung des Bundesheeres gemacht habe. Dort haben wir einen Stand von rund 60 000 Offizieren und Soldaten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Das sind ja keine Maurer!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Davon könnten wir ruhig 30 000 abziehen - na sagt nicht Maurer - zu Fertigteilarbeiten usw. braucht man heute keinen Maurer. Der gelernte Facharbeiter geht ja immer mehr unter in der Serienarbeit die heute ist. Aber wenn vorher schon das hohe Lied gesungen wurde über das Bundesheer und gesagt wurde, daß es von der Be-

völkerung freudig begrüßt worden ist, na dann muß man fragen, von welchen Teilen? Von der Geschäftswelt wahrscheinlich, aber von den arbeitenden Menschen nicht! Wenn man sagt, der Stadtplatz ist voll gewesen, so möchte ich darauf verweisen, daß man den Schulkindern freigegeben hat, damit sie das Bundesheer begrüßen konnten. Die Arbeiterschaft ist absolut nicht begeistert davon, wobei ich erwähnen möchte, daß uns diese Garnison ja auch wieder 2 Schulklassen gekostet hat, die heute in Münchenholz untergebracht werden müssen. Gar so eine Begeisterung für das Bundesheer ist in Österreich nicht vorhanden, weil es als nutzloses Instrument erkannt wird, das uns jährlich 2 Milliarden und mehr kostet. Ich möchte hier feststellen, daß es der Heeresminister gewesen ist, wegen dem andere, der Sozialminister usw., zurückstehen mußten, weil dieser um 700 Millionen mehr bekommen hat, um wieder altes Eisenzeug von Panzern und überholten Flugzeugen anzukaufen. Die Dinge haben auch eine andere Seite und das muß hier, wenn ein hohes Lob auf das Bundesheer gesungen wird, schon auch aufgezeigt werden.

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:

Herr Kollege Moser, zur Richtigstellung, umgekehrt ist es gewesen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Was war umgekehrt?

STADTRAT ENGE:

Der Heeresminister mußte auf rund 700 Millionen Schilling verzichten!

GEMEINDERAT MOSER:

Das stimmt nicht, Kollege En-

ge, stimmt nicht! Bitte ich lasse den Beweis hierfür erbringen, ich bin bereit dazu. 700 Millionen mehr ist dem Heeresministerium zugewiesen worden. Das steht in allen Zeitungen, auch in Deiner Parteizeitung ist es zu lesen! Es war doch so, Kollege Enge, daß die Sozialistische Fraktion vorher auf dem Standpunkt gestanden hat, das Heeresbudget auf dem Stand von 1964 zu belassen, aber nachher wieder nachgeben und zugestimmt hat, daß das Heeresetat um 700 Millionen erhöht wurde.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Das gehört doch nicht zur Budgetsitzung!

GEMEINDERAT MOSER:

Ich möchte also sagen, gerade auf dem Bausektor - ich habe jetzt einen kleinen Ausflug gemacht, durch Zwischenrufe provoziert - soll sich unser Bauamt wirklich bemühen, auch hier moderne Arbeitsmethoden zugänglich zu machen, um billiger und rascher bauen zu können.

Was wir brauchen und was uns noch fehlt, ich wiederhole trotzdem es schon gesagt wurde, sind Kindergärten, Kinderhorte und Kinderkrippen. Ich möchte den Herrn Finanzreferenten hier wirklich fragen, glaubt er, daß man für so wichtige soziale und volkswirtschaftliche Einrichtungen, die diese Kindergärten und -horte ja darstellen - weil die Mütter dieser Kinder heute zum Großteil ja Arbeiterinnen sind, die in Betrieben stehen und in Werkstätten arbeiten usw. - wenn schon die Haushaltsmittel nicht ausreichen, nicht doch Kredite aufnehmen könnte? Kann man da nicht mit ruhigem Gewissen der gesamten Bevölkerung klar machen, daß hier auch selbst wenn es das Budget überschreiten sollte, es notwendig ist, eben für die Bevölkerung solche Dinge zu schaf-

fen und rascher zu schaffen als dies bisher geschehen ist.

Kleinabermein ist schon erwähnt worden. Auch ich habe es unterstrichen und die Bewohner da oben erwarten wirklich, daß sie diesmal Verständnis auch von Seiten der Mehrheit des Hauses hier finden. Daß ihre so bescheidenen Wünsche wie eine öffentliche Fernsprechanlage und den Autobus dort hinaufzuführen, nicht erfüllt werden können, ist einfach unverständlich! Hier kann es nur an dem guten Willen mangeln, wenn man sich sagt, da oben spielt das keine Rolle, die stehen nicht im Vordergrund.

Weiters stehen die Schulen im Vordergrund, das wurde von beiden Seiten sowohl vom Finanzreferenten wie auch den Sprechern unterstrichen. Es sind ja auch Mittel vorgesehen, allerdings unseren Verhältnissen entsprechend, vorläufig noch bescheiden.

Weil wir von den Schulen reden, möchte ich fragen, ist es nicht eine Schande, daß in örtlichen Blättern durch die Direktion der Realschule glaube ich, vor kurzem inseriert wurde, sie sucht Geldgeber zum Ankauf von Baracken für Schulzwecke? Das sind doch wirklich Zustände, wo man sich an den Kopf greifen muß, ich weiß daß dafür der Bund zuständig ist, die aber unserer Stadt keine Ehre bringen. Jetzt wird das Problem ja gelöst werden durch eine Wohnbaracke der VÖEST, die hergestellt wird. Also die Realschule sucht Geldgeber zur Errichtung einer Schulbaracke!

Wenn wir schon zurück zum Bundesheer kommen, so möchte ich im Einklang mit den Wohnungen hier bemerken, daß vor einigen Tagen in Urfahr eine Übergabe von Wohnungen an das Bundesheer stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit hat Staatssekretär Kozina erklärt und war stolz darauf, daß 2 000 Wohnungen für das Bundesheer errichtet und übergeben worden

sind. Na ja, selbstverständlich, wenn es da ist, müssen einzelne länger Dienende auch eine Wohnung bekommen. Wir aber sind der Auffassung und wir weichen nicht ab von dieser Auffassung, daß das Bundesheer für Österreich zahlenmäßig überdotiert ist, sowohl was das Heeresetat anlangt als auch was den Mannschaftsstand betrifft. Ich erinnere an die erste Republik, in der wir einen Stand von zuerst 22 000 und dann bis 30 000 Mann hatten. Das genügt für Österreich, denn im Ernstfall, darüber sind sich doch alle klar, wird das österreichische Bundesheer der ihm von ihren heutigen Vorstehern zugedachten Aufgabe möchte ich sagen, nicht gerecht werden.

Weil wir Wohnungen, Schulen und Bundesheer hier eng beisammen haben, verweise ich darauf, daß man im Mühlviertel weiter Bunker baut und jeder Bunker dort 1 Million kostet und im salzburgerischen Gebirge ein Luxusbunker für die Herren Generale und Offiziere gebaut wird. Dazu ist Geld da, frage ich? Können aufrechte Arbeiter und Angestellte, gleichgültig welcher Partei sie angehören, mit ruhigem Gewissen da ihren führenden Leuten sagen, ja da habt ihr recht, daß ihr so etwas durchführt? Da müssen sich die Arbeiter aller Parteien einigen und einen Druck auf ihre Führung ausüben und sagen, zur Zeit der größten Wohnungsnot, zur Zeit der größten Schulraumnot, gibt man für Bunkerbauten Millionen und Abermillionen aus, hinausgeworfenes Geld, genauso wie für die Panzer! Hier glaube ich müßte mit mehr Energie vorgegangen werden. Ich stoße mich nicht an die eine oder andere Person, ob der Heeresminister so oder so heißt, ich wende mich gegen das System, das hier aufrecht erhalten wird, um der Bevölkerung Jahr für Jahr zwei und jetzt sind es schon drei Milliarden für unproduktive Zwecke abzuknöpfen. Ich möchte

unterstreichen und es ist zuzubegrüßen, daß die Gemeinde Grund für ein Berufsschulzentrum zur Verfügung gestellt hat. Die Frage ist aber: wird uns diese Berufsschule auch zuerkannt? Ich glaube, darüber wird das Land entscheiden, nicht wahr?

Man spricht heute von einem Mangel an Arbeitern in den verschiedensten Berufen. Wenn wir aber die Forderung stellen auf Schaffung von Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten, dann müßte aber selbstverständlich auch gleichzeitig für die Heranbildung der Betreuungskräfte gesorgt werden, von Kindergärtnerinnen, Lehrern usw., die diese Kinder in diesen Anstalten dann betreuen können.

Wenn ich kurz vorher gesagt habe, daß es eine Schande ist für Österreich, für Wohnungen und Schulen keine Gelder aufzubringen, aber für die Bunker Millionen zu vergeuden, dann möchte ich sagen, daß es höchst notwendig ist, daß in Österreich eine Arbeitermehrheit in der Regierung geschaffen wird. Die Sozialistische Partei hat ja heuer oder vor einem Jahr den Anspruch auf die Führung im Staate erhoben und sie hat recht damit getan. Nur glaube ich, wird sie das allein nicht schaffen können, denn Voraussetzung zu einer Mehrheit in der Regierung ist ein neues gerechteres Wahlsystem, ein neues Wahlrecht, denn das heutige ist so, daß selbst Parteien mit den meisten Stimmen in die Minderheit kommen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Das gehört doch nicht zur Tagesordnung!

GEMEINDERAT MOSER:

Das gehört zur Tagesordnung! Ich habe wiederholt gesagt, daß staatliche Vorkommnisse tief in die Ge-

meinde einschneiden. Bei der vergangenen Budgetberatung wurde vom Kollegen Enge das bestritten, weil ich angeführt habe, wenn ich früher das Finanzausgleichsgesetz usw. angeführt und einer Kritik unterzogen habe, so wurde durch Zwischenrufe so wie jetzt, auch gesagt, das gehört nicht in die Gemeinde. Vergangenes Jahr hat er mir bestätigt, daß natürlich die Auswirkung dieser Gesetze auch die Gemeinden stark trifft und sie in Mitleidenschaft zieht. Dasselbe gilt aber auch für das Wahlrecht bzw. für das Wahlunrecht, das derzeit besteht, denn wenn 135 000 Wähler überhaupt kein Mandat bekommen können und in einem Bundesland mit derselben Stimmenanzahl 3 Mandate gegeben werden, so kann man doch nicht von einem Wahlrecht sprechen, sondern nur von einem Wahlunrecht! Und wenn sich jetzt die Sozialistische Partei dagegen wehrt, so ist es höchst an der Zeit, daß hier Ordnung geschaffen wird. Erst dann wird sie davon reden können mit etwas mehr Aussicht, den Führungsanspruch im Staate durchsetzen zu können. Unsere Unterstützung wird sie dabei haben.

Ich möchte jetzt nicht die Kleinigkeiten alle aufzählen, die schon andere aufgezählt haben, sondern ich möchte nur appellieren an das Präsidium, all diese kleinen Wünsche, die aufgezeigt wurden, gleich von welcher Fraktion, wirklich zu erfüllen. Wir sind es imstande sie zu erfüllen, das Budget sieht die Mittel vor und es soll nicht nur von der Entscheidung einiger weniger abhängen, ob das vordringlich ist oder nicht. Man soll auch die Stimme der Bevölkerung hören, damit diese Wünsche durchgeführt werden.

Zu den Fußsteigen. Auch der Herr Finanzreferent hat erklärt, daß es notwendig ist, die Fußsteige mehr wie bisher zu pflegen, zu verbreitern usw. Ich möchte hinzufügen, auch die Übergänge! Das betrifft ja besonders den Kollegen Gherbetz, der im Stadt-

senat, glaube ich, dieses Referat inne hat. Hier gibt es noch sehr große Mängel zu verzeichnen. Obwohl man in Steyr 9 000 Kraftfahrzeuge hat, bilden ja die Mehrheit doch immer noch die Fußgänger und wenn man die Statistiken liest, so muß man zugeben, daß die meisten Opfer des Verkehrs immer noch Fußgänger sind.

Auf ein Kapitel möchte ich besonders verweisen. Das ist der Ausbau des Fischhubweges, der zu einem Engpaß wird, denn Jahr für Jahr zieht das Bauamt einen neuen Kordon und einmal wird es so sein, daß nur mehr einspurige Fahrzeuge dort verkehren können und nur mehr Personenverkehr möglich sein wird. Die Leite dort ist bekanntlich Rutschgebiet. Mehrere Kommissionen haben schon die Sache festgestellt, aber geändert wurde noch nichts. Ich bin der Meinung, hier hätte das Bauamt ein wirklich sehr dankbares Gebiet und diese Frage sollte unbedingt gelöst werden.

Eine zweite Sache, die in die Frage der Kultur einschlägt ist, ich richte diese Frage an den Stadtrat Radinger, ob es nicht möglich ist, eine Lesehalle der städtischen Bücherei anzuschließen und irgendwie durch Erweiterung die Möglichkeit zu schaffen, daß dort Menschen, besonders jetzt im Winter, auch lesen können, Zeitschriften studieren usw. Ich glaube, dieser Wunsch ist ja schon bei der Eröffnung der städtischen Bücherei zum Ausdruck gebracht worden und ich erinnere daran und möchte appellieren, zu überprüfen und untersuchen, ob es nicht möglich wäre, das in der nächsten Zeit zu schaffen.

Und nun zu den größeren Projekten. Der Finanzreferent hat es uns heute vorweg genommen, indem er die Wünsche der Vergangenheit aufgezählt hat. Ich komme da bestimmt in keine Koalition mit einer anderen Fraktion, da die Mauern die zwischen uns stehen zu hoch sind, ich will auch nicht von einem Plagiat sprechen, das andere

eventuell begehen oder begangen haben, aber meine Fraktion hat das Projekt einer Schwimmhalle in der Vergangenheit schon oft aufgezeigt und wenn Kollege Enge einige Jahre hindurch dieselbe Antwort gegeben hat mit seinem Besuch in der Linzer Schwimmhalle, so trifft das zu, was ich vorhin gesagt habe, daß diese Argumente von der Entwicklung überholt und daher veraltet sind. Ich glaube, Kollege Enge war selbst dabei, als vor kurzem der Schwimmverband ASKÖ eine Versammlung abgehalten hat und in der der Landesfachwart Ingenieur, sein Name ist mir entfallen.....

ZWISCHENRUF:

Gunnesch!

GEMEINDERAT MOSER:

Ja, über die Bedeutung und die Notwendigkeit von Schwimmhallen gesprochen hat für den Schwimmsport im allgemeinen in Österreich und für uns in Steyr im besonderen. Er hat dort auch davon gesprochen, daß die Linzer Schwimmhalle an Überfüllung leidet sozusagen, also das Gegenteil von dem, was Kollege Enge in der Vergangenheit immer als Argument angeführt hat. Ich hoffe und appelliere hier wirklich, gerade weil sich der Schwimmsport in Steyr durch den Bau des Bades besonders entwickelt hat, man möge den jungen Leuten die Möglichkeit geben, daß sie nicht diesen Ausfall von 7 Wintermonaten, wenn sie sich dann bei anderen Wettschwimmern beteiligen, zu spüren bekommen, weil ihnen während dieser Monate das notwendige Training fehlt. Ich möchte noch darauf hinweisen - nicht alle sind ja dabei gewesen oder haben es in der Zeitung gelesen - daß dieser Landesfachreferent noch als Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll, den Bau der Fachschule, der höheren

technischen Schule wie sie heute heißt, angeführt hat, in dem kein Bad abgeschlossen ist, obwohl 500 junge Menschen diese Schule besuchen, wo sie nur ein Zimmer von 6 x 10 m haben, das man Turnsaal benennt. Also hier herrscht noch eine starke Rückständigkeit. Es müßte in Österreich und hier bei uns in Steyr darnach getrachtet werden, diese zu beseitigen.

Ich möchte abschließend noch an folgendes erinnern: Österreich feiert im kommenden Jahr das 20. Jahr seiner Befreiung, das 10. Jahr des Staatsvertrages. Ich glaube, daß es Aufgabe auch unserer Stadtgemeinde und unserer Stadtvertretung sein muß, diese Jahrestage mit dementsprechenden Feiern in den Schulen und auch außerhalb der Schulen wirklich würdig zu begehen. Vertreter der Stadt sollen auch an diesen Feiern in den Schulen teilnehmen. Ich möchte hier auf etwas verweisen von dem ich hoffe, daß es in Zukunft von der Stadtvertretung doch unterlassen werden soll, nämlich wenn am Allerheiligentag bei den Kriegsgräbern Kränze niedergelegt werden, daß sich daran auch die SS beteiligt, die ich nicht als Soldaten betrachte, die ja wie die heutigen Prozesse zeigen, die täglich laufen und sich vor unseren Augen abspielen, ja eigentlich Massenmörder gewesen sind.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WATZENBÖCK:

Die Waffen-SS!

GEMEINDERAT MOSER:

Wenn bei dieser Feier dort die SS Kränze niederlegt, so soll kein Vertreter der Stadt sich daran beteiligen. Dagegen sollten wir geradezu, in anderen Gemeinden ist dies geschehen, Protest erheben. Bei den Opfern des Faschismus ist kein offizieller Vertreter der Stadt dabei gewesen.

Ich glaube, das ist ein arger Schönheitsfehler, ja fast mehr, möchte ich sagen und ich hoffe, daß das in Zukunft unterlassen wird.

Ich nehme also an, daß bei der Jahresfeier der Befreiung Österreichs, des Wiedererstehens unseres Landes, auch in Steyr Feiern durchgeführt werden und daß wir als die Älteren sozusagen auch der Jugend gerecht werden, daß diese einer anderen, schöneren Entwicklung entgegengeht als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Wenn ich jetzt in meinen Ausführungen einiges einer Kritik unterzogen habe und auch gesagt habe, daß in verschiedenen Fragen der Herr Finanzreferent doch großzügiger sein soll und wenn es notwendig ist, bei sehr wichtigen Projekten halt doch auch Kredite aufnehmen soll, so will ich doch anerkennen, das habe ich ja bereits gesagt, daß auch seine Art zu wirtschaften und zu sparen nicht zu verachten ist. Sie hat ja Jahr für Jahr unsere Anerkennung durch unsere Zustimmung gefunden.

Ich möchte trotz meiner Kritik erklären, daß ich auch diesmal die Zustimmung zum Budget, sowohl zum außerordentlichen als auch zum ordentlichen Haushalt gebe, mit Ausnahme des Polizeietates, was ja bekannt ist, weil wir auf dem Standpunkt stehen, jeder soll seine Angestellten selbst bezahlen. Das sind Bundesangestellte.

Ich möchte abschließend auch allen Arbeitern der Gemeinde, allen Angestellten und Beamten, für ihre Arbeit im Dienste der Allgemeinheit danken und möchte ihnen sowie allen Anwesenden des Gemeinderates frohe Weihnachten und ein erfolgreiches, glückliches Neujahr wünschen!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke! Als nächsten Debattenredner bitte ich Herrn Stadtrat Gher-

betz!

STADTRAT KARL GHERBETZ!
Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich etwas kürzer fassen, nachdem ja die Kollegen schon so weit vorgegriffen haben und verschiedene Themen, die unsere Gemeinde berühren, bereits einige Male erwähnt wurden.

Aber es ist so, man kann wohl sagen, alle Jahre wieder. Ich möchte hier nicht so salbungsvoll werden wie es manche Kollegen gewesen sind, sondern ich möchte gleich auf die einzelnen Punkte eingehen.

Die Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Hier freut es uns besonders, daß Ansatzpunkte im Budget vorhanden sind, damit endlich einmal in Zwischenbrücken die Ampelregelung intakt gesetzt wird, damit auch die Fußgänger wissen, wann sie und wann sie die Straße nicht überqueren dürfen. Die Kraftfahrer kennen sich ja hier aus, denn sie sind ja bereits bei der Ablegung der Führerscheinprüfung davon unterrichtet worden und mußten das lernen. Die Fußgänger aber nicht. In Steyr hat bisher immer die Parole gelautet, Zwischenbrücken muß Du bei Rot gehen, in der Pacher-gasse bei Grün. Ich glaube durch diese Ansatzpunkte wird dieser Fall einer Erledigung zugeführt werden.

Desweiteren möchte ich darauf verweisen, daß es noch eine Anzahl wichtiger Fußgängerübergänge gibt, die man mit Blinklichtanlagen versehen soll. Nicht überall soll es blinken und leuchten, aber an den markantesten Punkten, wo die Fußgänger rübergehen. Denn Sie selbst wissen, im Winter wenn Schnee ist, sieht man den Übergang nicht und dann wird es wahrscheinlich ein Speißrutenlaufen für den Fußgänger werden. Die Preise

für diese Übergänge sind gering und dann ist es ja so, wie wir schon gesagt haben, die kleineren Wünsche kann man ja der Bevölkerung leicht erfüllen.

Was die Verbesserung der Stadtplatzregulierung betrifft. Nun hier hat mir der Kollege Schachinger einige Bälle zugeworfen. Es stimmt, es ist nicht alles gleich so verlaufen, wie wir es uns gedacht haben. Aber auch hier muß sich erst alles einspielen.

Eine andere Sache betrifft die Verkehrsschilder. Es wird hier in diesem Hause immer Klage über die Verkehrsschilder geführt. Gewiß, sie sind eine unpopuläre Maßnahme. Aber wenn vor einer Schule das Schild nicht steht und es passiert ein Unfall, dann stehen die auf, die über die Verkehrsschilder schimpfen und sagen, hättet ihr wenigstens irgendein Verkehrszeichen hingesetzt!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Beim Kindergarten Berggasse ist keines oben!

STADTRAT GHEBERTZ:

Ja, und die Anträge die eben hier über diese Verkehrsschilder an uns kommen, werden ja durch die Schulen hereingegeben und gehen hier durch den Verkehrsbeirat. Der Verkehrsbeirat gibt sein Gutachten ab und dann geht es erst in den Stadtsenat, sodaß ich glaube, daß doch auf breiter Ebene die zuständigen verantwortlichen Institutionen mitwirken können.

Was den Parkplatz unten am Kai betrifft, so wird es hier sicher notwendig sein, im kommenden Jahr diesen Parkplatz auszugestalten und zwar gleich so, daß ein Teil für die Marktferianten die mit LKW kommen, der andere für die PKW dieser Stadt vorgesehen wird. Daß wir an Parkraum-

not leiden, möchte ich nicht behaupten. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen: Als wir in Steyr Hochwasser hatten, konnte hier am Kai kein einziges Fahrzeug stehen, alle standen sie auf der Promenade. Also war es nur die Bequemlichkeit und leider bringt es die heutige Zeit mit sich, daß jeder mit seinem PKW bis vor die Haustüre fahren will. Damit, glaube ich, müssen wir uns alle abfinden, wenn es auch ein hartes Wort ist, aber man muß auch einmal den Mut haben und muß dies sagen. Daß dort unten eine Regulierung durchgeführt werden muß, glaube ich, wird jeder von uns einsehen.

Lassen Sie mich nun zur Gruppe Kultur, zur Gruppe 3, kommen:

Hier will ich nicht mehr lange um das Kriegerdenkmal herumreden. Daß es notwendig ist, glaube ich schon, denn ein alter Spruch sagt: "Ein Volk, das seine Toten nicht ehrt, ist seiner Zukunft nicht wert!"

Zur Gruppe 6, Wohnungswesen:

Vor kurzer Zeit waren bei uns die Vertreter unserer Nachbargemeinde Linz. Wir sind mit ihnen hinaufgefahren und haben diese Bauten besichtigt. Die Vertreter waren maßlos erstaunt als sie hörten, daß es hier keine Baukostenzuschüsse gibt. In Linz muß ein Arbeiter, egal ob er allein verdient oder ob zwei oder drei Verdiener sind, wenn er 3 600 S verdient, 40 000 bis 50 000 Schilling Baukostenzuschuß und dann einen Quadratmeterpreis von 14 Schilling bezahlen. Hier, glaube ich können wir sagen, die Stadtverwaltung arbeitet noch immer relativ zu günstigen und wirklich angemessenen Preisen. Eines was mir allerdings nicht gefallen will und was auch unserer Fraktion nicht gefällt, ist die Wohnungsverteilung. Es betrifft, glaube ich, uns alle. Wenn einer heute eine Wohnung will, dann geht er zu dieser oder jener Fraktion. Bekommt er sie, ist es recht, bekommt er sie nicht, dann heißt es,

ja weil ich nicht bei der Partei bin, darum bekomme ich die Wohnung nicht oder weil ich bei der verkehrten Partei bin oder weil ich finanziell nicht in der Lage bin, etwas irgendwo hinzulegen. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, aber ich glaube, hier.....

ZWISCHENRUF VON DEN STADTRÄTEN BAUMANN UND BESENDORFER:

Das ist aber sehr stark, das muß man beweisen!

STADTRAT GHERBETZ:

Laßt mich doch einmal ausreden!....aber ich glaube, hier ist dieser Vorwurf bestimmt nicht gerechtfertigt. Darum wird sich unsere Fraktion erlauben, in der kommenden Zeit ein Konzept mit Richtlinien nach dem Punktesystem einzubringen und vielleicht wird es möglich sein, im Rahmen des Wohnungsausschusses darüber zu diskutieren.

Zur Gruppe 6 - Gemeindestraßen.

Hier möchte ich daran erinnern, daß wir vor dem Spital einen Parkplatz haben. Gewiß ist es nicht Aufgabe der Gemeinde aber es ist doch so, daß im Winter dieser Parkplatz meistens verschneit ist. Manche wagen es und fahren hinein, manche nicht. Es ist bestimmt mit keinem großen Risiko verbunden, wenn der Schneepflug der Gemeinde auch da einmal hineinfährt und diesen Schnee über den Hang hinunter befördert und dann der Sonne alles weitere überläßt. Es ist doch so, daß der Verkehr ziemlich zugenommen hat. Wir haben in Steyr mit Stand vom Oktober 1964 4 295 PKW, 528 LKW, 1 100 Kräder, 109 Zugmaschinen, 200 Anhänger und 2 308 Mopeds, also insgesamt 8 814 Fahrzeuge, wovon der Trend zu den

PKWs am stärksten mit 383 ist.

Und jetzt noch eine Bitte an die Städtischen Unternehmungen: Der Winter kommt und naturgemäß ist damit auch der Anfall an Kranken im Landeskrankenhaus stärker. Viele alte Menschen wollen ihre Töchter, ihre Söhne und ihre lieben Verwandten draußen besuchen und meistens zum Wochenende, also Samstag und Sonntag, sind die Autobusse dorthin derart überfüllt, daß es wirklich lebensgefährlich ist, mit ihnen hinauszufahren. Vielleicht läßt sich hier ein Weg finden, daß man an den Wochenenden ev. einen Autobus einschiebt oder eben den Pendelverkehr irgendwie verstärken kann. Ich glaube die alten Menschen sind Ihnen bestimmt dankbar dafür.

Im außerordentlichen Haushalt möchte ich kurz das Anschlußstück an die Wolfenstraße erwähnen. Sie alle wissen, der Schnallenberg ist ein sehr gefährlicher Punkt und die Gleinker Gasse auch. Man trägt sich ja hier bereits mit dem Gedanken, das Eisenbahnsystem umzudrehen, also von der Kirchengasse, Gleinker Gasse durchzufahren bis zur Rooseveltstraße und umgekehrt eben die Verlängerung bis zur Wolfenstraße beim Weindlgut hinunter und da wieder durch die Frauengasse bis zur Sierninger Straße. Vielleicht würde sich hier einmal ein Anhaltspunkt finden lassen, daß man diese Umfahrung einer Regelung zuführen kann.

Zum Abschluß erlauben Sie mir noch, Herr Kollege Schachinger hat mir einen Ball zugespielt und zwar wegen der Soldaten des Bundesheeres. Ich darf vorausschicken, ich war 5 Jahre in diesem Krieg und 3 Jahre in Gefangenschaft. Ich bin mit 90% Versehrtheit aus diesem Krieg zurückgekehrt. Es ist uns nie eingefallen gegen die Soldaten etwas zu sagen oder zu unternehmen, denn schließlich sind sie ja Söhne unserer Väter und Mütter. Wir haben im Parlament das Bundesheer bejaht und wir werden auch

hier dazu stehen. Nur sagen wir, man soll ein Verteidigungskonzept machen und nicht wie es jetzt hier der Fall ist, Flieger in Tirol Flugzettel abwerfen lassen ohne daß jemand davon etwas weiß oder man läßt englische Tanks durch Österreich zum Glück nur zum Filmen nach Italien durchfahren. Wenn hier ein Loblied auf den ehemaligen Verteidigungsminister Graf gesungen wird, so möchte ich feststellen, das Bundesheer hat nicht der Herr Verteidigungsminister Graf ins Leben gerufen, sondern die Frontoffiziere, denn mir ist nicht bekannt, daß ein Bäckergefreiter Generalstabsbildung hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT EBMER:

Der Hitler war auch ein Gefreiter und man hat ihm zugejubelt!

STADTRAT GHERBETZ:

Leider, hier haben wir die Erfahrung gemacht.

Der Kollege Moser hat mir ebenfalls einen Ball zugespielt und zwar betrifft das die Ehrung der Toten. Gestatten Sie, verehrter Kollege Moser, Ihnen in alter Form eines zu sagen, die Waffen-SS - ich betone die Waffen-SS die an der Front war - wurde selbst von den Alliierten als 4. Heeresteil anerkannt. Darüber kommt auch die kommunistische Partei nicht hinweg!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT MOSER:

Das ist uninteressant, Mörder waren sie!

STADTRAT GHERBETZ:

Ab 1943 sind die Soldaten eingezogen worden zur Waffen-SS und viele Söhne dieser Stadt sind draußen gefal-

len und für diese wird hier ein Kranz niedergelegt und wenn Sie sagen, Mörder waren sie, dann kann ich Ihnen dagegen nur erklären, in der Lubjanka in Moskau waren sie auch die Mörder!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT MOSER:

Die SS waren Mörder, das zeigen deutlich die Prozesse, die täglich vor unseren Augen abrollen und..

STADTRAT GHERBETZ:

Verallgemeinern Sie nicht, denn ich könnte Ihnen antworten, in der russischen Revolution wurden Millionen gemordet!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT MOSER:

Wir leben in Österreich und in Österreich haben sich diese Grausamkeiten abgespielt!

STADTRAT GHERBETZ:

Seit wann bekennen Sie sich so zu Österreich?

GEMEINDERAT MOSER:

Seit eh und je! Ich habe für Österreich gekämpft!
(Unverständliches Stimmengewirr)

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich bitte um mehr Ruhe!

STADTRAT GHERBETZ:

Ja, das will ich auch. Ich habe nur deshalb darauf angespielt, weil für diese Toten ein Kranz niedergelegt wurde.

Meine Damen und Herren des Ge-

meinderates!

Unsere Fraktion wird diesem Voranschlag für 1965 ihre Zustimmung geben. Wir möchten anerkennen, daß der Herr Finanzreferent wirklich alles getan hat was möglich war, um ein wirklich brauchbares Konzept zu erarbeiten. Daß wir wieder einige kleine Beschwerden oder Wünsche haben, ist selbstverständlich.

Zum Schluß erlaube ich mir noch, Ihnen, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, alles Gute zu den Feiertagen zu wünschen sowie Ihren Familien und Ihnen persönlich ein gutes Neues Jahr! Ich möchte diese Wünsche auch an die Angestellten und Arbeiter dieser Stadt weitergeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Vizebürgermeister Hochmayr!

(Frau Gemeinderat Liebl verläßt die Sitzung)

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich vorerst den Wünschen des Kollegen Moser und allen die dies hier vorgebracht haben, hinsichtlich Kleinabermeins anschließen. Ich möchte aber auch den Wunsch dahin ergänzen - da Kleinabermein unser höchstgelegenes Siedlungsgebiet ist und ausschließlich im Rauchgasgebiet liegt - daß wir unsere Gesundheitsbehörde darum ersuchen, dort periodische Untersuchungen der Luft vorzunehmen. Ich glaube nicht nur in diesem Gebiet, sondern es wäre auch angezeigt - wir haben ja das Trägergerät hiezu - daß im ganzen Stadtgebiet turnusweise Untersuchungen durchgeführt werden.

Nun aber zu den verschiedenen Wünschen meine Sehrverehrten!

Ich weiß, wie Sie alle, daß jeder Wunsch ein positiver Beitrag in diesem Hause ist. Bei den Kleinigkeiten darf ich Sie vielleicht daran erinnern, daß Steyr nicht weniger als 356 Straßen, Wege und Plätze hat und außerdem noch 18 Stiegen, die von unseren städtischen Arbeitern erhalten und instandgesetzt werden müssen. Ich glaube daher unbedingt, hier auch sagen zu dürfen, ich möchte dabei dem Kollegen Enge nicht vorgreifen als dem zuständigen Mann des Wirtschaftshofes, daß diesen Leuten Dank gebührt, wenn man bedenkt, daß es Straßenarbeiter gibt, die 14 km Straßennetz allein zu erhalten haben. Wir haben das Gebiet Christkindl mit Unterhimmel, wir haben das Gebiet Gleink und diese Großräume erfordern eminente Arbeit. Der Wirtschaftshof hat hiezu soweit ich informiert bin lediglich 18 Mann zur Verfügung. Ich glaube daher, daß es eine wesentliche Arbeitsleistung dieser Menschen ist und daß ihnen von hier aus wahrlich auch der herzlichste Dank ausgesprochen werden darf. Vergessen wir nicht, daß wir ein Straßennetz von 665 670 m² zu erhalten haben. Vergessen wir nicht, daß Leistungen erbracht wurden in dieser Stadt, die sich auf ein staubfreies Straßennetz von bereits 574 821 m² beziehen. Ich glaube, wir können auf diese Leistungen wirklich stolz sein!

Zur Anregung, konservatives Bauen abstellen - moderne Methoden!

Meine sehr Verehrten, Ihnen ist bekannt, daß ich die Ehre und das Vergnügen habe im Bauausschuß des Städtebundes zu sitzen. Das ist jene Institution, die sich wahrlich ehrlich bemüht, preiswert und raschest zu bauen. Wenn angeklungen ist, warum wir in Steyr keine Fertigteilbauten durchführen, dann darf ich Ihnen sa-

gen, daß es wohl in der letzten Zeit im Raume von Wiener Neustadt eine neue Fertigteilfabrik gibt, deren Teile auch weiter als 5 km rentabel transportiert werden können. Das Bauen kommt aber nicht billiger. Ich kann Ihnen sagen, daß die Wiener Bau-AG im Montagebau ihre Sorgen auch mit den Arbeitern hatte, daß 80 % der Facharbeiter die Fabrik wieder verlassen haben und dieser Montagebau heute mit angelernten Arbeitern arbeiten muß. Erst jetzt haben sie ständiges Arbeitspersonal. Bitte, es ist richtig und auch sehr bedauerlich, daß sich die Bauzeit bei unseren Bauten - aber nicht nur in Steyr, sondern allgemein - auf durchschnittlich 18 Monate ausdehnt. Nicht das Bauamt, sondern die Bauwirtschaft versucht hier, schon auf diesem Sektor wirtschaftlicher und rationeller zu bauen. Aber über den bereits vom Kollegen Holzinger durch einen Zwischenruf aufgezeigten Arbeitermangel kommt halt auch die Bauwirtschaft nicht hinweg.

Sehen Sie, das sind die Dinge, die ich doch zu diesen Fragen und Anregungen aufzeigen möchte.

Es ist richtig, wie Kollege Moser sagt, daß der Fischhubweg auch im 2. Teil instandgesetzt werden muß. Es ist dies die Umfahrungsstraße, die wir als Ausweichstraße haben.

Es ist auch richtig, wenn aufgezeigt wird, daß der Gehsteig zwischen der Firma Ecker und der Brücke gemacht werden muß und er wird auch gemacht, meine sehr Verehrten, wir haben ja schon Beschlüsse über die Kanalverlängerung gefaßt.

Ich glaube im Zusammenwirken aller wird es auch gelingen, manch kleinen Wunsch zu erfüllen. Wenn er nicht gleich erfüllt werden kann, dann bitte sind Sie nicht ungehalten. 356 Straßen sind es, die unsere Arbeitskräfte zu erhalten und instanzzusetzen haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Bitte Herr Kollege, Stadtrat Enge!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Von mir erwartet man jetzt natürlich die Fairneß, die mancher hat missen lassen. Das soll nicht ein böser, sondern nur ein leichter Vorwurf sein!

Lieber Kollege Schachinger, daß man Dir als ersten das Wort erteilt hat, glaube ich, war eine Verbeugung vor Deinem morgigen 60. Geburtstag und es war auch eine wirklich positive und ich glaube auch, allgemein befriedigende Budgetrede zu dem was unser Kollege Schanovsky vorgetragen hat.

Als Letzter hat man viele Nachteile einzustecken. Aber das soll ja auch meiner Ansicht nach der Sprecher einer Mehrheitsfraktion können.

Es gibt aber auch Vorteile, die der letzte Sprecher für sich in Anspruch nehmen kann und das ist, zu den einzelnen Fragen, die die Kollegen angeführt haben, Stellung nehmen zu können.

Ich glaube, eines sollten wir alle mitsammen ablegen, für alle Dinge die Vaterschaft anzumelden, denn dann könnte es eines Tages so sein, daß jemand sämtliche Wünsche, die überhaupt nur denkbar sind vorbringt und wenn sie irgendwann einmal zur Beratung stehen, sagt, das habe ich erfunden und sonst niemand. Der Kollege Moser hat hier das richtige Wort gefunden. Ich glaube, die meisten Wünsche, betreffen sie kleinere oder größere Probleme, sind auf einmal da, sie sind in der Luft, in der Atmosphäre vorhanden und es ist richtig und zeigt, daß jeder Gemeinderat richtig auf dem Posten steht und alle diese leichten Schwingungen, die sich in der Bevölkerung zeigen, registriert und sie weitergibt. Ich bin überzeugt, daß

wir für alle Vorhaben, sei es die kleinste Straßenbeleuchtung, sei es die kleinste Staubfreimachung, ein Prioritätsrecht anmelden könnten, denn die meisten Wünsche sind schon zu irgendwelchen Zeiten einmal gefallen.

Das darf ich als Einleitung sagen.

Der Kollege Schachinger und auch der Kollege Moser haben sich mit dem Schuldenmachen befaßt. Kollege Schachinger hat sich dazu bekannt, daß es gut ist, keine Schulden zu machen. Ich glaube, das ist ein Bekenntnis von uns allen! Kollege Moser hat angedeutet, es ist gut keine Schulden zu machen, aber - es gibt bei allen Dingen ein "aber" - wenn es notwendig ist, werden wir doch nach Geld greifen müssen, für das wir Zinsen zu zahlen haben und für das auch die spätere Generation aufzukommen hat. Auch ich bekenne mich zu dieser Auffassung. Ich glaube kaum, daß, wenn es wirklich einmal zur Regulierung von Zwischenbrücken kommt, wir das aus dem laufenden Budget machen werden können. Es ergibt sich dabei, verehrte Kollegen, die Frage: Ist, da unsere Bauwirtschaft, das ist auch bereits angeklungen vom Kollegen Hochmayr, in Steyr und nicht nur in Steyr, sondern in ganz Österreich voll ausgelastet ist, die Wirtschaft imstande, das alles zu leisten? Wird sie imstande sein Brücken zu bauen und gleichzeitig auf dem Wohnungssektor nicht weniger zu schaffen? Ich glaube wie die Erfahrung zeigt, ist sie dazu nicht imstande. Das Problem ist dann nicht nur - man muß fast sagen, Gott sei Dank - eine Angelegenheit der Finanzen, sondern auch eine Angelegenheit der richtigen Verteilung, wird die Wirtschaft imstande sein alles durchzuführen?

Kollege Moser hat angedeutet, es sollte moderner gebaut werden. Hier hat er nicht nur die Ausstattung gemeint, soviel ich verstanden habe, sondern auch rationeller. Es ist hier bereits gesagt worden, daß in Wien

eine Fertigteilfabrik gebaut wurde und man in Wien wohl nicht billiger aber mehr imstande ist zu schaffen. Wenn man aber - ich habe diese Fabrik bereits gesehen - dann dort von Fachleuten hört, daß der Transport nur auf höchstens einige hundert Meter möglich ist, daß diese Siedlung also entsprechend groß sein muß und es eindeutig feststeht, daß das für kleinere Umfänge nicht rentabel ist, dann ist eben diese Methode für Steyr leider nicht anwendbar. Ich bin allerdings auch der Auffassung, daß das nicht die einzige Weisheit sein kann. Es wird sicherlich auch noch andere Möglichkeiten des rationelleren Bauens geben. Es ist ja uns allen bekannt, daß wir vor Jahren noch für die Fertigstellung eines Hauses eine Durchschnittsbauzeit von 9 Monaten hatten. Sie deckt sich mit dem Ausbacken von gewissen Dingen. Heute glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß wir bereits bei der doppelten Monatsanzahl angelangt sind, damit ein Haus fertig wird. Das sind die Probleme. Aber ich glaube nicht, daß es so ist, weil die Baumeister weniger hinterher sind, weil die Arbeiter weniger arbeiten - es werden ja im Gegenteil mehr und bessere Maschinen eingesetzt - sondern weil sich ja alles zieht und dehnt und weil eben die Wirtschaft meiner Meinung nach nicht ganz nachkommt. Es ist sehr erfreulich, daß nicht nur auf diesen, sondern auf allen Sektoren der Wirtschaft eine Vollbeschäftigung herrscht.

Zum Zweiten!

Der Kollege Schachinger hat auch die Einnahmenseite und zwar die Getränkesteuer einer Kritik unterzogen, die ich nicht teile, obwohl ich absolut verstanden habe, daß er es geteilt, in der Auffassung geteilt, wissen möchte. Er hat die gesunden Fruchtsäfte in den Vordergrund gestellt. Die Einnahmen von diesen Getränken sind wohl der geringere Teil. Wenn man aber weiß, daß an die 10

Milliarden Schilling in Österreich auf dem Getränkektor verbraucht werden, dann habe ich das Gefühl, daß es ein sehr sehr gutes Recht ganz besonders der Gemeinde ist, auch hier ihr Scherflein einzuholen. Es ist leider noch nicht so weit, daß man von ausgesprochen guten Fruchtsäften reden kann, denn die meisten alkoholfreien Getränke beziehen sich auf Almdudler, Coca Cola usw. und ich stehe auf dem Standpunkt, das sage ich ganz offen, hier soll ruhig jeder seinen Obolus für die öffentliche Hand leisten, mit dem wir ja wieder alle diese Dinge schaffen, die hier von manchen Kollegen gewünscht werden, daß sie in Zukunft gemacht werden sollen.

Du hast auch über das Wohnungsproblem etwas gesagt. Hier stimme ich bis zu einem gewissen Grad, fast muß ich dasselbe sagen wie der Kollege Moser, Deinen Ausführungen zu. Der zweiten Hälfte allerdings nicht ganz und zwar aus einem Grund: Die Stadt Salzburg, ich weiß nicht ob das bekannt ist, hat den Beschluß gefaßt, dem Hausherrn, der eine freie Altwohnung zur Verfügung stellt, einen Betrag von 20 000 bis 30 000 Schilling zu geben, zu geben - also nicht rückzahlbar - um dadurch Wohnungen zu gewinnen. Es war auf diesem Weg nicht möglich, auch nur eine Wohnung dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Ich möchte eindeutig sagen, daß ich nicht nur den schlechten Willen der Besitzer hier in den Vordergrund stellen möchte, sondern weil eben die Konstellation so ist und eben diese Realität als solche hingenommen werden muß.

Du hast auch angeführt, die Verkehrsregelung am Pfarrberg oder besser gesagt in der Pfarrgasse, sei keine ideale. Ich glaube, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit Lichtsignalen allein werden wir das Verkehrsproblem in Steyr überhaupt nicht lösen können. Auch nicht allein mit Umfahrungen. Irgendwann ist meiner

Ansicht nach ein Ende! Irgendwann ist es mit der Möglichkeit oder mit der weiteren Möglichkeit, Fahrzeuge durch unsere Stadt durchzuschleusen und zu parken, einfach Schluß und ich glaube, dieser Realität müssen wir bei Betrachtung der Dinge auch ins Auge sehen.

Bezüglich Schilderwald!

Nun der Kollege Gherbetz hat recht, daß die Gesetze eben verschiedene Schilder vorschreiben. Ich glaube nur, daß man sich sicherlich jetzt bereits die Zeit nehmen sollte, da sie schon sehr überhand nehmen, sich jedes Schild sehr gründlich zu überlegen, denn es hat sich schon gezeigt, manchmal ist weniger mehr. Es ist ein Mensch nur imstande ganz bestimmte Dinge auf sich zukommen zu lassen und mehr nimmt er einfach nicht auf. Was ein Kraftfahrer in einem Fahrzeug bereits alles beobachten muß, ist schon eine ganz beachtliche Leistung.

Mit dem Parken am Kai und mit Deiner Andeutung, den Flößerhafen zuzuschütten, hängt ja ein anderes Problem zusammen, das uns und vielleicht auch die Öffentlichkeit wahrscheinlich genau so erregen wird wie die Stadtplatzgestaltung im letzten Jahr. Die Stadtplatzgestaltung war sicherlich eines der kleinsten Probleme, die wir in der Gemeindestube zu lösen hatten, aber es hatte den meisten Widerhall in der Bevölkerung, das steht außer Zweifel. Aber auch die Frage des Wasserdurchflusses in der Enns wird sicherlich so manchen unserer Bevölkerung wieder aktiv werden lassen.

Zum Fremdenverkehr!

Nun da möchte ich eines ganz eindeutig sagen: Steyr war zwar nie ein Fremdenverkehrsort in dem Sinne wie wir ihn nach der alten Terminologie verstehen, aber es zeigt die Entwicklung des neuen oder des modernen Fremdenverkehrs, wenn wir es so nennen wollen, daß die Menschen nicht nur mehr an die See und in die Wälder

pilgern, sondern sich mit Vorliebe Städten widmen und hier hat Steyr immerhin, glaube ich, einiges zu zeigen. Und hier möchte ich vielleicht die erste Anregung geben, wenn Sie wollen, kann es auch Kritik genannt werden. Wir haben schon öfter davon gesprochen, unsere Baudenkmäler, die wir haben, ein wenig zu kennzeichnen, daß man von draußen weiß, das ist das und das Haus und hat im Inneren einen schönen Hof - ich denke zum Beispiel an den Dunklhof -. Diese Frage ist schon des öfteren im kleineren und größeren Kreis diskutiert worden und ich würde die Verwaltung schon sehr bitten, daß sie diesem allgemeinen Wunsch einmal durch entsprechende Vorschläge Rechnung trägt. Zu einer richtigen Aufwärtsentwicklung auf diesem Gebiet des Fremdenverkehrs fehlt uns sicherlich die Lage. Die können wir nicht verändern. Wenn die Ennstalstraße wirklich einmal das sein wird, was sie zu werden verspricht, glaube ich, wird Steyr ein schöner Angelpunkt des Fremdenverkehrs werden und es wäre hoch an der Zeit, daß sich die interessierten Kreise in Steyr einmal zusammensetzen, um über kommende Probleme des Fremdenverkehrs zu diskutieren, denn Kollege Schachinger, hier muß ich jetzt folgende Antwort geben: Man kann halt doch nicht es sich so einfach machen, wenn es wo nicht klappt - es ist dies zwar schon Methode geworden in Österreich - wenn die private Hand es nicht schafft, dann muß die öffentliche Hand her. Ich glaube, daß gerade der Fremdenverkehr diejenige Sparte ist, die ganz besonders der privaten Initiative bedarf. Die Öffentlichkeit, die Gemeinde, die Stadt, kann ja nur eine gewisse Beihilfe leisten, die sehr groß sein kann und das machen wir ja auch, sei es durch Broschüren und Prospekte, die für unsere Stadt werben. Aber dem Ganzen Leben zu geben, das glaube ich, müssen die einzelnen Menschen, die eben an die-

sem Fremdenverkehr in irgendeiner Form beteiligt sind.

Punkto Taboraufzug, meine Lieben, da hat der Vater des Gedankens - das kann man mit ruhigem Gewissen sagen - ja wirklich alle Schützenhilfe erhalten und Kollege Radinger, Du kannst Dich darüber freuen, daß darüber fast eine einhellige Auffassung herrscht. Es wird an uns liegen, die Probleme und Projekte, die wir durchführen wollen, so zu reihen, daß sie entsprechend unseren Möglichkeiten und Wünschen eben zur Durchführung kommen.

Auch bezüglich des Kriegerdenkmals möchte ich dasselbe sagen, das ich beim Fremdenverkehr schon gesagt habe. Der Herr Bürgermeister hat es schon angedeutet, daß hier ja mehrere Kräfte am Werke sind. Ein solches entstehen zu lassen, soll schon den Kreisen überlassen werden, die dazu meiner Ansicht nach berufen sind. Aufgabe der Gemeinde wird es sein, wenn es ein echtes Anliegen der Bevölkerung ist, daß sie helfend, beratend zur Seite steht und sicherlich auch eine finanzielle Unterstützung geben wird.

Einer Meinung sind wir alle mit, das haben fast alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht, das was ich voriges Jahr, auch nicht als neue Erfindung von mir sondern als Zusammenfassung vielleicht verschiedener Gedanken, gebracht habe, die tausend Kleinigkeiten, die sich eben ergeben, wirklich zu erfüllen. Hier sehen Sie mich in einer Front, zwar nicht gegen die Verwaltung, das möchte ich eindeutig sagen, aber hier sehen Sie mich in der Front die absolut mittut, den entsprechenden Druck auf den Magistratsdirektor, auf das Bauamt auszuüben, daß da auch wirklich etwas geschieht, denn es stimmt, das habe ich auch voriges Jahr zum Ausdruck gebracht, große Werke die geschaffen werden, man soll sich nicht täuschen, schöne Schulen die freuen uns,

aber die Schüler, die da hineingehen müssen, die freuen sich viel mehr, wenn sie nicht hineingehen müssen. Das ist keine neue Angelegenheit, wir waren genau so wie die heutigen Schüler. So schön können wir die Schule gar nicht gestalten, daß man - ich spreche von dem größeren Teil der Kinder - mit weiß Gott was für einer Begeisterung in die Schule geht. Wenn wir Wohnhäuser bauen, da erfreuen sich, ich hätte schon bald gesagt die Wohnungssuchenden, das stimmt auch nicht. Nur ein geringer Teil freut sich darüber, die, die die Wohnungen bekommen freuen sich, die anderen ärgern sich ja, daß sie sie nicht bekommen. Aber ich glaube, daß ein Vorwurf, Kollege Gherbetz, wie Du ihn gebracht hast, schärfstens zurückgewiesen werden muß, daß die Wohnungsvergabe in Steyr nicht jeder Kritik standhält. Ich glaube wir können als Vertreter dieser Stadt wirklich eines sagen, daß wir hier das menschenmöglichste tun um so gerecht als möglich, so gerecht als möglich habe ich gesagt, die Wohnungen zu vergeben. Daß Fehler passieren können, ich glaube, das wird jeder von uns einsehen.

Es ist von mehreren Rednern die Frage des Hallenbades angeführt worden. Ich habe, Kollege Möser und Kollege Watzenböck, nicht nur gesagt, daß ein Hallenbad nicht rentabel ist. Ich habe auch gesagt, daß wir viele, viele andere Wünsche, die ich zumindest und wahrscheinlich auch Sie, wenn wir den Dingen auf den Grund gehen, für wichtiger halten als eben das Hallenbad. Darf ich aber ein Bekenntnis auch noch ablegen. In vollem Bewußtsein lege ich ein Bekenntnis ab als Sportreferent: Ich bekenne mich dazu, daß man grundsätzlich im Sommer wandert, badet und im Winter den Sport betreibt, den der Winter bietet und nicht umgekehrt wie es scheinbar die moderne Entwicklung - ich bezeichne sie nicht als modern

in dem Sinne, daß sie richtig ist, aber wie sie sich allen zeigt - mit sich bringt, daß man im Sommer schiffahren und im Winter baden will. Damit aber habe ich nicht gleichzeitig das Hallenbad ausgeschlossen. Ich würde mich freuen, wenn bald die Zeit kommen würde, daß wir sagen könnten, wir brauchen keine Wohnungen mehr, wir brauchen das und das nicht mehr in diesem Ausmaß, jetzt ist der Zeitpunkt, wo wir ein Hallenbad bauen können. Ich freue mich auf diesen Zeitpunkt, das steht außer Frage.

Es ist auch die Vergabe von Arbeiten an Einheimische bzw. an Nichteinheimische kritisiert worden. Ich glaube, verehrter Gemeinderat, daß es kaum einen Gemeinderat gibt, der so mit Argusaugen darauf achtet, daß die Arbeiten so vergeben werden, daß sie nach Möglichkeit in unserer Stadt bleiben. Ich glaube, das Zeugnis müssen wir uns selbst und das muß uns auch die Wirtschaft ausstellen. Es gibt aber eben für gewisse Dinge - so enge Kirchturmpolitik dürfen wir nicht betreiben - Spezialfirmen, die das wahrscheinlich besser können, als eben einheimische. Das muß eindeutig festgestellt werden.

Der Kollege Watzenböck hat - an und für sich würde ich es in einer Budgetdebatte absolut nicht beantworten, aber weil es mich am Zahnerv möchte ich fast sagen getroffen hat, will ich darauf eingehen - gemeint, daß der Wirtschaftshof nach parteipolitischen Erwägungen Dienste leistet und es werden hier Steuergelder für Parteizwecke mißbraucht.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WATZENBÖCK:

Das habe ich nicht gesagt! Was die Arbeitszeit und die Arbeitskräfte betrifft, bezahlen tun Sie es ja immer, haben Sie gesagt!

STADTRAT ENGE:

Na bitte, ich möchte eines dazu sagen, ich möchte sogar zum letzten etwas sagen: Wir machen eine Reihe von Dingen, umsonst, Kollege Watzböck. Ich glaube mich nicht zu irren, daß wir dem ARBÖ den Sand umsonst hingeführt haben. Ich weiß es nicht, es kann auch sein, daß er bezahlt worden ist. Ich weise darauf hin, daß wir den Amateuren jedes Jahr ein- bis zweimal die Radbahnen walzen, umsonst. Ich weise auch darauf hin, daß jetzt im Jänner zum Beispiel - dieser Sportkollege war erst vorigen Samstag bei mir - der Motorklub ein Schijöring macht und ich ersucht wurde, ob nicht der Sprengwagen die Fahrbahn, auf der das Schijöring stattfindet besprengen könnte, damit sich Eis bildet und eben das Schijöring abgehalten werden kann. Ich habe auch das zugesagt und zwar kostenlos, das heißt für den Verein kostenlos. Es wird aus allgemeinen Sportmitteln gedeckt. Das ist die Hilfe die wir den verschiedenen Sportvereinen auf Verlangen, wenn möglich, angedeihen lassen und manchmal auch ablehnen müssen.

Der Kollege Schmidberger hat sich unter anderem außer mit einigen örtlichen Belangen auch mit dem Finanzausgleich ganz kurz befaßt. Der Kollege Moser befaßt sich ja fast jedes Jahr damit und er hat mich in dieser Frage ja auch apostrophiert. Ich habe hier eine Zeitungsmeldung und zwar hat im Lande Steiermark eine Budgetdebatte stattgefunden und dort hat der Finanzreferent - ich weiß nicht, ob das auch für Oberösterreich zutrifft, aber ich nehme es an, daß es hier nicht viel anders ist - erklärt, daß der derzeitige Finanzausgleich dem Lande Steiermark vom Jahre 1957 bis zum Jahre 1962 eine Milliarde 144 Millionen Schilling mehr Einnahmen und den Gemeinden des Landes Steiermark um 408 Millionen Schilling mehr gebracht hat. Ich nehme an, daß das

auch für Oberösterreich stimmt, gebe aber zu, daß dies nicht alle Gemeinden und Städte gleich trifft. Ich glaube, wir gehören zu den Städten, die etwas abgeben an kleinere Orte. Zu diesem System, das muß ich eindeutig sagen, bekenne ich mich allerdings absolut.

Darf ich nun zu meinen eigentlichen Dingen kommen. Ich werde mich bemühen, sehr sehr kurz zu sein.

Ich glaube es wird kritisiert werden und habe es mir deshalb hier vermerkt. Es ist aber darüber hinweggegangen worden. Ich möchte es aber doch vielleicht erwähnen, weil Klage darüber geführt worden ist, daß das Budget erst im letzten Moment vorgelegt worden ist, daß nicht nachher irgendwelche Bedenken in dieser Beziehung kommen, daß wir für die Altenehrung im Jahre 1964 100 000 Schilling ausgelegt haben und für das Jahr 1965 lediglich 35 000 vorgesehen sind. Darf ich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß ja bis vor 2 Jahren wir lediglich die 85 jährigen geehrt haben, in diesem Jahr aber heruntergegangen sind bis zu den 80 jährigen. Also wir ehren bereits die 80 jährigen mit einem entsprechenden Geschenk und diese Anzahl von Menschen zwischen 80 und 85 Jahren glaube ich sind in diesem Jahr alle gebührend geehrt worden und jetzt geht es wieder normal weiter und das berechtigt eben diese Zahl.

Für die Volks- und Hauptschulen, das hat der Finanzreferent bereits auch angeführt, wird heuer um 20 % mehr ausgegeben als in den vergangenen Jahren. Hier ist aber nicht beinhaltet der Schulneubau, sondern ein echter Mehraufwand für den Schulbetrieb und man hat ja aus den Ziffern entnehmen können, daß dies vorwiegend für den Ankauf von Büchern und Schulmaterial ist.

Weil ich aber schon bei den Schulen bin, möchte ich eines in Erinnerung rufen: Wir waren heuer, gezwun-

gen kann man eigentlich nicht sagen, aber wir haben es als die beste Lösung angesehen, einen Ausgleich von Schülerklassen herbeizuführen. In Mönichholz sind einige Klassen leer, auf der Ennsseite muß Wechselunterricht abgehalten werden, der nicht sehr förderlich für die schulische Entwicklung ist. Nun man hat sich durchgerungen einen Schülerautobus einzuführen. Dieser Schülerautobus, der die Schüler von der Schule auf der Ennsseite, wo sie sich sammeln, hinunter nach Mönichholz transportiert, wie es in einer Zeitung geheißen hat, hat sich meiner Ansicht nach sehr gut bewährt, ist allerdings in der Kritik einer Zeitung in Steyr nicht sehr gut weggekommen. Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, daß sich solche Aktionen nie vermeiden lassen. Eine Aktion die zum Beispiel in anderen Gemeinden als Erfolg hingestellt wird, daß die Gemeinde einen Schülerautobus einsetzt, wird in Steyr herabgesetzt, na sagen wir es, von der Steyrer Zeitung und in nicht sehr schönen Worten als Schülertransport bezeichnet. Ich möchte mich eindeutig gegen diese Terminologie wehren.

Wir haben in Steyr eine Reihe von Schulen, die von der Gemeinde erhalten werden, eigentlich aber Bundesangelegenheit sind. Das ist die Handelsschule und die Handelsakademie. Ich möchte der Verwaltung, dem Magistrat sehr ans Herz legen, hier aktiver zu werden, daß diese Schulen endlich einmal dorthin kommen, wohin sie gehören, das heißt nicht nur baulich, sondern in die Verwaltung des Bundes, denn das würde uns auch einige Schillinge ersparen.

Zu noch einem Problem, das glaube ich wert ist, in der Budgetdebatte angeschnitten zu werden. Die Schulgesetze, die geschaffen worden sind, sind ja nicht nur geschaffen worden, damit sie auf dem Papier bleiben, sondern sie sollen ja Leben erhalten, sie sollen ja durchblut-

et und durchpulst werden und ich glaube, es ist ein einstimmiges Verlangen von uns allen, daß ehestens das Gymnasium in Steyr den Ausbau erfährt, den es notwendig hat, um die Schüler ordnungsgemäß unterzubringen. Wenn wir in unseren Klassen der allgemeinbildenden Schulen, das heißt in den Volksschulen und Hauptschulen, solche Überfüllungen hätten wie es im Realgymnasium der Fall ist, na was glauben Sie, was uns da die Eltern erzählen würden? Ich glaube es sollte, man kann zwar darüber das heißt ich will darüber ja keinen Beschluß herbeiführen - der Stadtschulrat hat ja bereits einmal einen solchen gefaßt - hier wirklich ernstlich an das entsprechende Ministerium herangetreten werden, daß hier wirklich Abhilfe geschaffen wird. Es gehen ja unsere Kinder dort in die Schule. Es soll auch und ich glaube auch hier Ihre Unterstützung zu finden, unbedingt angestrebt werden, entsprechend dem neuen Schulgesetz, daß an unserer Realschule in Steyr der Schultyp geschaffen wird, der es den Hauptschülern ermöglicht, in das Realgymnasium übertreten zu können. Das ist für uns in Steyr deswegen ganz besonders wichtig, weil viele Kinder im Ennstal und im Steyrtal dann nicht bereits mit 10 bzw. 11 Jahren nach Steyr fahren müssen. Bekanntlich sind ja diese Schülerfahrten nicht sehr erfreulich, ganz abgesehen davon, daß sie sehr sehr anstrengend für die Kinder sind und auch nachteilig auf das Lernen sich auswirken. Sie können dann bis zum 14. Lebensjahr in ihrer Heimatgemeinde in die Schule gehen und dann ab dem 14. Lebensjahr eben in Steyr das Gymnasium besuchen. Ich glaube dieser Herzenswunsch, den wir alle mitsammen haben, der soll ganz energisch an der entsprechenden Stelle vorgebracht werden.

Der Herr Finanzreferent hat auch eine Andeutung gemacht bezüglich der Hochschule in Linz. Ich möch-

te ernstlich bitten, daß hier ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt wird, damit wir auch unseren guten Willen kundtun, daß in Linz diese Hochschule so bald als möglich ihre Pforten öffnet um auch unserer Jugend letzten Endes die Möglichkeit des Studiums zu geben.

Wir haben im vergangenen Jahr eine Reihe von Dingen verwirklichen können, die uns mit Freude erfüllen. Ich suche hier nicht die Vaterschaft, Kollege Watzenböck hat sie ja bereits angemeldet für die Musikschule, die nun in einem sehr sehr würdigen Rahmen untergebracht werden hat können und dort auch, glaube ich, in der Zukunft eine sehr schöne Entwicklung nehmen kann.

Eines möchte ich noch herausstreichen. Kollege Watzenböck hat zwar fast jedes Jahr die Ausgaben für die Festlichkeiten unserer Stadt bekritelt. Heuer hat er das nicht getan. Das soll kein Vorwurf sein

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WATZENBÖCK:

Voriges Jahr auch nicht!

STADTRAT ENGE:

. aber ich nehme an, sie besteht im Herzen weiter. Ich sage ganz offen, für diese Festlichkeiten sind im Jahre 1965 30 000 Schilling vorgesehen. Ich bekenne mich dazu, daß ich diesen Betrag für eine Stadt wie Steyr beschämend finde, beschämend! Eines steht fest, wann sollen denn irgendwelche Dinge, die alle Bürger unserer Stadt erfreuen, gefeiert werden, wenn nicht in einem Zeitraum wo es uns doch annähernd gut geht. Für nächstes Jahr urgiere ich ganz etwas besonderes, es ist auch schon einmal gesagt worden, ich halte es deswegen auch für zu wenig, denn ich glaube, 20 Jahre Befreiung Österreichs, das müßte in Steyr, wo wir gewohnt

sind, schöne Feiern zu veranstalten, wirklich würdig gefeiert werden. Ich denke da an ein schönes Konzert, wie es eben nicht jedes Jahr gegeben werden kann. Ich denke da wirklich an etwas außergewöhnliches, denn dieses Ereignis, glaube ich, sollte gebührend gefeiert werden.

Darf ich noch einmal zurückblenden zu der Frage Fremdenverkehr, die angeschnitten worden ist. Hier habe ich mir eine kleine Aufgabe gestellt, ich glaube die Stadträte haben ja alle das Statistische Jahrbuch der österreichischen Städte erhalten und dieses Büchlein zu studieren, ist eine echte wahre Freude. Wenn es auch immer heißt, daß Statistiken Lügen sind, so sind sie eben doch einmal eine Unterlage für Vergleiche und es drängt sich, wenn man einmal vergleicht, sehr leicht der Versuch auf, sich mit der Stadt Wels zu vergleichen, die annähernd die Größe unserer Stadt hat, uns bevölkerungsmäßig allerdings schon überflügelt hat. In Wels hat sich im Jahre 1963 zum Beispiel folgendes zugetragen und das sollte für unsere Fremdenverkehrsritter ein Ansporn sein, hier besonders zu wirken, obwohl wir sicherlich nicht alle Voraussetzungen mitbringen, die Wels hat. Ich denke dabei an das Volksfest usw. Aber wenn ich lese, daß Wels im Jahre 1963 40 000 Besucher gehabt hat, Fremde, Steyr hat allerdings auch 22 000 gehabt, aber wenn ich mir die Übernachtungen anschau, dann verschiebt sich das Bild ganz gewaltig. An Übernachtungen von Fremden hatten wir in Steyr 40 000, Wels dagegen 500 000 oder umgerechnet, die Aufenthaltsdauer in Steyr beträgt durchschnittlich 1,8 Tage, in Wels 12 1/2 Tage. Hier wäre etwas Gewaltiges für uns alle mitsammen zu leisten.

Ich habe, auch wenn ich der Mehrheitsfraktion angehöre, sicherlich auch einige Kritiken anzubringen und das wäre bei der Straßenbeleuch-

tung. Auch hier habe ich die Stadt Wels zum Vergleich herangezogen. Ich hätte eine Reihe anderer Vergleiche, die allerdings uns in besserem Lichte erscheinen lassen, aber ich möchte doch ein wenig kürzen. Die Straßenbeleuchtung, wir haben in Steyr oder hatten im Jahre 1963, eine Statistik kann ja nur für die letzten Jahre gelten, 2 082 Lichtpunkte und Wels hatte 2 296 Lichtpunkte, also im großen und ganzen kann man sagen, fast gleich. Aber Steyr hat für diese Leuchten 679 000 Kilowatt und Wels fast 1 100 000 Kilowatt verbraucht. Die Lampen in Wels leuchten also zweimal so hell wie in Steyr. Ich möchte zwar nicht sagen, daß jetzt alle Lampen ausgewechselt werden sollen auf doppelt so starke, aber ich möchte doch die Empfehlung geben, hier weniger sparsam zu sein, denn ansonsten wird eine Beleuchtung von selbst illusorisch. Sie muß entsprechende Lampen haben.

Ich möchte doch zum Abschluß kommen und sagen, wenn man den Vorschlag, den außerordentlichen Haushalt, ansieht, dann kann man sehen, welche Schwerpunktinteressen wir haben und da kann ich so wie voriges Jahr feststellen - voriges Jahr war es der Wunsch, hier sehen wir praktisch genommen die Verwirklichung - daß unser Herzensanliegen Nummer eins die Schulen sind und der außerordentliche Haushalt widerspiegelt das ja in der ersten Baurate für unsere neue Volks- und Hauptschule am Tabor.

Auch alle anderen Punkte zeigen, daß wir uns die Schwerpunkte herausgesucht haben, die sich eben im Laufe der Jahre als die wichtigsten herauskristallisiert haben und wir alle mitsammen bekennen uns dazu, diese Punkte nach Möglichkeit im nächsten Jahr zu verwirklichen.

Darf ich nun wirklich zum Abschluß kommen und so wie alle meine Vorredner sagen, daß auch wir

als Sozialistische Fraktion allen, die an dem Vorschlag mitgearbeitet haben, herzlich danken, daß wir selbstverständlich allen Angestellten und Beamten und Freunden des Hauses, darüber hinaus aber der gesamten Bevölkerung Steyrs recht frohe Weihnachten wünschen und vorallem ein erfolgreiches Neues Jahr 1965! Heuer schränke ich das "erfolgreich" nicht ein!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke! Bitte Herr Gemeinderat Schmidberger!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Mir ist ein Versehen unterlaufen und ich möchte nun das nachholen und zwar möchte ich den Arbeitern und Angestellten des Magistrates danken für ihre Arbeiten, die sie für das Gemeinwohl Steyrs geleistet haben. Ich möchte mich auch den anderen Rednern anschließen betreffs der Weihnachtswünsche und möchte dem Präsidium und dem gesamten Gemeinderat frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünschen!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke! Bitte Herr Gemeinderat Watzböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich möchte noch ganz kurz auf die Erwiderungen, die Herr Kollege Enge gegeben hat, eingehen.

(Unverständliche Zwischenrufe)

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Wenn zu meiner Stellungnahme eine Erwiderung gegeben wird, dann habe ich das Recht ebenfalls auch eine zu geben und es stimmt einiges nicht, z. B. was Kollege Enge sagt bezüglich der Festlichkeiten. Erstens einmal stimmt das nicht mit den 30 000 Schilling. Es kommen ja noch 100 000 Schilling für Repräsentation dazu, das gehört ja auch noch in dieses Gebiet. Er sagt, wenn wir schon einmal etwas feiern, was die ganze Öffentlichkeit freut, na gut das ist ja möglich, aber ich glaube nicht, daß es auch dazu gehört, bitte jetzt nicht einen konkreten Fall, wenn jemand ganz persönlich eine Feier macht daß das die ganze Öffentlichkeit interessiert weil er Angehöriger des Gemeinderates ist und das daher auf Kosten der Öffentlichkeit gefeiert wird. Das ganz kurz. Und im übrigen, keine Sorge, es wird genauso wie im heurigen Jahr wieder etwas dazukommen. Im Nachtragsvoranschlag sind 146 000 Schilling dazugekommen. Also keine Sorge, daß wir da zu wenig haben werden!

Das nächste, was Kollege Enge in meiner Richtung gesprochen hat, war das Hallenbad. Hier möchte ich kurz noch erwähnen, daß ich nicht glaube, daß sich Schifahren und Schwimmen irgendwie schneidet, denn zum Schifahren brauche ich ein Wochenende und brauche ich Urlaub. Schwimmen kann ich genauso wie auch im Sommer nach Arbeitsschluß gehen, vor den Schichtzeiten usw. und außerdem ist Schwimmen ein derart gesunder Sport und weitaus gesünder als vielleicht zuzuschauen, wenn zweiundzwanzig herumlaufen, sich heiser brüllen und dann anschließend um die Kehle zu benetzen und das wieder auszugleichen in irgend ein Wirtshaus gehen. Das ist kein Sport! Es wird aber oft sehr viel Geld dafür aufgewendet!

Das Gleiche zum Wirtschaftshof. Der Kollege Enge sagt, er würde das

gar nicht in eine Budgetdebatte bringen. Das Budget hat ja mit Geld zu tun und eine städtische Einrichtung hat ja nur mit Geld zu tun, mit Geld der Öffentlichkeit und ich verstehe nicht, wieso der Kollege Enge als Referent sagt, ich habe zugesagt, daß ich das und das tue. Mir kommt das als Überschreitung der Befugnis eines einzelnen Mandatars vor.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HEIGL:

Er ist doch anordnungsbefugt!

GEMEINDERAT WATZENBÖCK:
Der Gemeinderat! Er nicht, das ist eine Überschreitung!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HEIGL:

Das ist doch selbstverständlich, daß er anordnungsbefugt ist!
(Weitere heftige unverständliche Zwischenrufe.)

GEMEINDERAT WATZENBÖCK:
Ich wiederhole jetzt was er selbst gesagt hat: "Ich habe gesagt, das und das mache ich."

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:
Als Sportreferent!

GEMEINDERAT WATZENBÖCK:
Ich glaube nicht, daß da ein einzelner Mandatar zusagen kann!

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:
Dazu ist er ja Stadtrat!

GEMEINDERAT WATZENBÖCK:
Sicherlich werden die Leute sa-

gen, der Genosse Enge, das ist ein prima Bursch, die werden glauben, er fährt mit dem Spritzwagen. Das kann ich in einem Privatbetrieb tun, aber nicht Sie, Herr Kollege Enge, mit öffentlichen Geldern!

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:
Sie irren sich!

GEMEINDERAT WATZENBÖCK:
Das nur zur Antwort auf diese drei Punkte.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird sonst noch das Wort gewünscht? Dies ist nicht der Fall und somit hat der Referent das Schlußwort!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Das haben Sie mir sehr leicht gemacht. In der Diskussion war Rede und Gegenrede. Es gab Kritiken, es gab Anregungen, aber alle haben Sie sich positiv zu dem Budgetentwurf gestellt. Dafür bin ich Ihnen dankbar, weil sie neuerlich den Beweis mit Ihrem Verständnis erbracht haben, daß doch dieser Budgetentwurf zur Durchführung gelangen soll.

Eine grundsätzliche Frage aber, die in der Diskussion entstanden ist, ist die Finanzpolitik. Ich habe schon im Vorjahr gesagt, wenn Sie bereit sind, wenn die Mehrheit bereit ist, Schulden zu machen, so gilt das für mich als Auftrag. Schulden machen soll man aber nur dann, wenn es unbedingt notwendig ist. Wir haben gehört, daß die Bauwirtschaft mit ihrer Kapazität ausgelastet ist, wir haben gehört, daß die Bauzeiten verdoppelt wurden, weil das Gewerbe nicht nachkommen kann. Wenn wir unser Bud-

get auf diesem Sektor noch ausweiten würden, dann würden unsere Wünsche trotz Schulden gar nicht ausgeführt werden können.

Ich möchte Ihnen auch aus dem Statistischen Jahrbuch des Zentralamtes die Seite der Schulden der österreichischen Städte, nur von einigen, die gleich groß sind wie Steyr, bekanntgeben:

St. Pölten: 88 Millionen, Wiener Neustadt: 60 Millionen, Wels: 74 Millionen und jetzt rechnen Sie sich aus wie groß die Zinsenlast ist; wenn Sie nur 7 % annehmen, macht das im Jahr rund 4 1/2 Millionen aus. In einem Jahr! Wenn wir die neue Ennstalbrücke, die 27 Millionen gekostet hat, auf Kredit gebaut hätten, so würden wir in 16 Jahren das Doppelte zu bezahlen haben. Wir haben uns diese Zinsenlast bis heute erspart und ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir jetzt die Fundamente für unsere Nachkommen schaffen sollen. Wenn die in Not kommen und Schulden machen müssen, dann haben sie produktive Werke, die sie als Sicherstellung für die Schulden heranziehen können.

Das ist die Finanzpolitik, die man ganz gut und reiflich überlegen muß, ob sie falsch oder ob sie richtig ist. Es ist Ihnen überlassen, sie zu bestimmen. Und nochmals meinen Dank für Ihre Zustimmung.

Allgemeiner heftiger Applaus.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir kommen zur Abstimmung über den Haushaltsvoranschlag 1965. Ich bitte Sie zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben. Danke! Gegenprobe?

Ich stelle die einstimmige Annahme des Haushaltsvoranschlages fest.

Verehrte Damen und Herren!

Ich möchte mir erlauben, vor Schluß der öffentlichen Sitzung des heutigen Gemeinderates, Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, den Dank für die Mitarbeit bei allen unseren Problemen, die wir im Laufe des Jahres bewältigen mußten, zum Ausdruck zu bringen. Aber nicht nur für die Mitarbeit als solche, sondern vorallem und besonders für die Art und Weise wie während des ganzen Jahres diese Mitarbeit gestaltet wurde, vor Ihnen gestaltet wurde, für Ihre tolerante Mitarbeit, für Ihre einsichtige Mitarbeit bei allen Problemen, die wir bewältigen mußten.

Ich will diesen Dank auch hier von dieser Stelle aus allen unseren Bediensteten der Verwaltung zum Ausdruck bringen, den Arbeitern des Wirtschaftshofes, den Beamten und Angestellten des Hauses und allen, die an den vielen Stellen unseres Gemeindebetriebes tätig sind, denn diese Menschen waren es, die es ermöglicht haben, alle Beschlüsse, die wir gefaßt haben, alle Vorhaben, die wir begonnen haben, auch durchzuführen. Ohne sie könnten wir nur Beschlüsse fassen und ohne sie würden wir keine Ergebnisse sehen können und dafür, glaube ich, müssen wir von dieser Stelle auch unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

Ich will aber auch den Dank an die Bevölkerung zum Ausdruck bringen, der Bevölkerung, die Verständnis für viele Maßnahmen und Beschlüsse hatte, die nicht zum Vorteil eines Einzelnen vielleicht gereichen, sondern die notwendig waren, um der Gesamtheit zu dienen, für dieses Verständnis auch der Bevölkerung unserer Stadt: unseren Dank!

Ich darf von diesem Dank an die Öffentlichkeit selbstverständlich auch die Presse nicht ausschließen, die, das muß ich feststellen, sich bemüht hat, objektiv das Geschehen in der Gemeinde der Bevölkerung kundzutun, zu

publizieren und ich bitte sie auch, in dieser objektiven Art und Weise der Berichterstattung über Gemeindeprobleme fortzufahren.

Wir haben heute in unserer Budgetdebatte einen großen Strauß von Wünschen, von Vorhaben, gepflückt. Die kommende Arbeit wird es und muß es ermöglichen, aus diesem großen Strauß so viel als möglich zu verwirklichen. Dazu muß ich so wie ich vorher den Dank ausgesprochen habe, nun auch an dieselben die Bitte richten, so wie bisher auch im kommenden Jahr und in weiterer Zukunft mit uns allen als Körperschaft, als Kollegium, zusammenzuarbeiten. Wir tun es nicht für uns, wir tun es, um unsere Stadt schöner zu gestalten und wir tun es vorallem und dabei möge uns Erfolg beschieden sein, um das Leben in unserer Stadt unserer Bevölkerung lebenswerter zu machen. Ich darf zum Schluß auch Ihnen allen, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, zu den bevorstehenden Feiertagen alles erdenklich Gute wünschen und den Wunsch auf das kommende Jahr 1965 ausdehnen, daß es ein erfolgreiches und für alle auch von sehr viel Gesundheit getragenes sein möge!

Damit darf ich den öffentlichen Teil der heutigen Gemeinderatsitzung schließen.

Wir schalten eine Pause von 3 Minuten ein.

Dauer der vertraulichen Sitzung von 20,45 bis 20,48 Uhr.

(Das Protokoll über die vertrauliche Sitzung befindet sich im Faszikel "Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Stadtsenates und Gemeinderates" bei der Magistratsdirektion.)

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Darf ich mich noch zu Ihrem Sprecher machen und Herrn Bürger-

meister für Weihnachten ein frohes Fest und für das Jahr 1965 viel Glück und Gesundheit wünschen und daß er nach wie vor unser Leiter sein und bleiben möge.

Allgemeiner Applaus.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir sind somit am Schluß un-

serer heutigen Sitzung angelangt. Es wurde schon festgestellt, daß es eine Jubiläumssitzung ist, das 20. Budget wurde beschlossen. Ich muß dazu aber auch feststellen, daß es eine Rekord-sitzung war. Es hat noch keine dieses zeitliche Ausmaß erreicht.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ende der Sitzung: 20,50 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Protokollführer:

*Alfred Klein,
Ilse Kleinberger*

Die Protokollprüfer:

*Heinz Kießlinger
Juni, Rühmiger*